

Indien 60 Jahre unabhängig:

FÜR ADIVASI KEIN GRUND ZUM FEIERN



**Menschenrechtsreport Nr. 49
der Gesellschaft für bedrohte Völker - August 2007**

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Impressum:

Indien 60 Jahre unabhängig: Für Adivasi kein Grund zum Feiern

Menschenrechtsreport Nr. 49

Text: Markus Nitsch

Redaktion: Katja Wolff, Inse Geismar

Satz, Grafik, Layout: Eva Söhngen

Titelbild: Rainer Hörig (Adivasi in Pune)

Preis: 5,- Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im August 2007

INHALT

Für Adivasi kein Grund zum Feiern: Indien 60 Jahre unabhängig

1. Zusammenfassung	5
2. Forderungen der GfbV	6
3. Fußnote der Geschichte: Die Adivasi kämpfen um ihre kulturelle Existenz	9
3.1 An den Rand gedrängt	9
3.2 Tagelöhner in der Stadt	10
3.3 Von der Verfassung geschützt	11
3.4 Vertreibungen	12
3.5 Der Boom braucht Land	13
3.6 Der Kampf geht weiter	13
4. „Strahlende Zukunft“: Indiens Uranbergbau und seine Folgen für die Adivasi	14
4.1 Uranbergbau in Jadugoda	15
4.2 Fehlende Sicherheitsvorkehrungen	16
4.3 Alphastrahlung	17
4.4 Gesundheitsschäden	17
4.5 Staatliche Verschleierung	18
4.6 Opfer des Fortschritts	18
4.7 Neue Minenprojekte	19
5. Am Wasser gebaut: Staudämme – die Tempel des modernen Indiens?	20
5.1 Der Sardar-Sarovar-Damm: Geschönte Prognosen	21
5.2 Der Sardar-Sarovar-Damm: Negative Folgen	22
5.3 Umsiedlung und Vertreibung	22
5.4 Kritik an Großstaudämmen	23
5.5 Fragwürdiges Kosten-Nutzen-Verhältnis	24
5.6 Indira-Sagar-Damm, Polavaram	25
5.7 Belogen und betrogen	25
5.8 Gigantomanie pur: River-Linking	26
6. Eine fast unendliche Geschichte: Der Konflikt um die Landrechte der Adivasi	27
6.1 Enteignung	28
6.2 Leere Versprechen	29
6.3 Anfängliche Hoffnung	30
6.4 Spannungen nehmen zu	30
6.5 Hauptleidtragende des Wirtschaftsbooms	30
6.6 Vertrieben im Namen des Umweltschutzes	31
6.7 Bewusstseinswandel	32
6.8 Ein viel versprechendes neues Gesetz	33
6.9 Anerkennung der Adivasirechte oder Bewahrung des Status Quo?	33
Weiterführende Informationen	36
Fußnoten	37

ZAHLEN, DATEN FAKTEN ZU DEN ADIVASI

Die Adivasi	9
Herkunft und Kultur der Adivasi	12
Bildung, Gesundheit, Ernährungssicherheit	19
Landenteignung und Vertreibung	28
„Denotified and Nomadic Tribes“	35
Quellenangaben	41

1. Zusammenfassung

Die rapide voranschreitende wirtschaftliche Entwicklung Indiens hat sich zu einer großen Bedrohung für viele der mehr als 84 Mio. Ureinwohner des Landes entwickelt, die offiziell als „Tribals“ bezeichnet werden, selbst aber den Namen Adivasi bevorzugen. Aufgrund des stetig wachsenden Bedarfs an Land, Energie und Bodenschätzen entstehen immer mehr Bergbau-, Industrie- und Infrastrukturprojekte in den entlegenen aber ressourcenreichen Siedlungsgebieten der Adivasi (siehe Abschnitt 4. zum Uranabbau). Vor allem in ihren Hauptsiedlungsgebieten in der Mitte und im Nordosten Indiens sind bereits Millionen Indigene zum Opfer von Umsiedlungen und Vertreibungen geworden (vgl. die Tabelle weiter unten). Weitere werden folgen. Denn Staat und Wirtschaft betrachten die Adivasi vorwiegend als ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Dementsprechend sind sie auch bei der Wahl ihrer Mittel wenig zimperlich. Lügen, Drohungen, falsche und gebrochene Versprechen – speziell hinsichtlich der Entschädigungsleistungen – sind an der Tagesordnung (vgl. Abschnitt 6). Auch der Einsatz von Gewalt ist bei hartnäckigerem Widerstand nicht ungewöhnlich. Derartige Fälle ereignen sich immer häufiger, da inzwischen viele Adivasi erkannt haben, dass sie bei der Abtretung ihres Landes kaum eine angemessene Entschädigung zu erwarten haben. Über die indischen Grenzen hinaus bekannt geworden ist insbesondere der auch von der Schriftstellerin Arundathi Roy unterstützte Protest gegen den Staudamm- bau am Flusssystem der Narmada (siehe Abschnitt 5.). Der zunehmende Widerstand zeigt, dass den Adivasi sehr bewusst ist, dass es bei diesem Kampf nicht nur um den Erhalt ihrer traditionellen Lebensgrundlagen geht. Auf dem Spiel steht das Überleben ihrer gesamten Kultur, die sich auf einer spirituellen Bindung zu dem Land, auf dem sie seit Generationen leben, gründet. Als Alternative bleibt ihnen oft nur eine Existenz als Tagelöhner in der Anonymität der schnell wachsenden Städte.

In Anbetracht dieser Tatsache ist es wenig erstaunlich, dass die Schärfe und Zahl der Proteste seit der Jahrtausend- wende erheblich zugenommen hat. In den letzten Jahren gab es bei Auseinandersetzungen mit der Polizei vor allem in Kalinganagar, Muthanga und im Koel-Karo-Gebiet zahlreiche Tote und Verletzte (siehe Abschnitt 6.). Die zunehmende Eskalation des Konflikts zeigt deutlich die gewaltige Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der indischen Verfassung, die im Hinblick auf Minderheitenrechte als sehr fortschrittlich gilt. Ähnlich verhält es sich mit der in zahlreichen Gesetzen vorgesehenen Förderung der Adivasi, die von vielen Bundesstaaten nur zögerlich oder überhaupt nicht in Angriff genommen wird. In der Folge sind bis jetzt so gut wie alle staatlich initiierten Quotenregelungen, Förderprogramme und Hilfsleistungen weitgehend wirkungslos geblieben. Nach wie vor liegen die Adivasi in punkto Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Nicht selten verschwinden auch die für sie bereitgestellten Mittel in dunklen Kanälen.

Trotzdem scheint in Indien auch dank des zunehmenden Widerstands – insbesondere seit dem Regierungswechsel im Jahr 2004 – langsam ein Umdenkprozess in Gang zu kommen. Das zeigt sich vor allem in dem neuen, Anfang 2007 in Kraft getretenen Forstgesetz: In diesem wird zum ersten Mal ausdrücklich die Bedeutung der Adivasi für Schutz und Bewahrung der Wälder anerkannt und ihnen das Recht, dort zu leben, zugestanden.

Gleichzeitig allerdings nimmt der Druck, der von der wirtschaftlichen Expansion ausgeht, weiter zu. Beinahe täglich werden gigantische Industrieprojekte verkündet und neue Sonderwirtschaftszonen ausgewiesen. Der Kampf der Adivasi um den Erhalt ihrer Kultur wird so immer mehr zu einem Wettlauf gegen die Zeit. Daher müssen dem durchaus bedeutsamen gesetzlichen Schritt in die richtige Richtung – vor allem bei der Umsetzung in der täglichen Praxis – schnell weitere folgen. Je eher – desto besser. Ansonsten werden die Adivasi zu den großen Verlierern des indischen Wirtschaftsbooms gehören.

2. Forderungen der GfbV

Die Adivasi sind Jahrhunderte lang ausgegrenzt, vertrieben und diskriminiert worden. Bereits die Verfassung des unabhängigen Indien hat dies anerkannt und ihnen besondere Minderheitenrechte zugestanden. 60 Jahre später haben sich ihre Lebensbedingungen kaum verbessert. Im Zuge der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung Indiens sind ihre Kultur und ihre naturverbundene Lebensweise sogar gefährdeter denn je. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert deshalb:

- **Anerkennung traditioneller Landrechte und Schutz vor gewaltsamer Vertreibung**

Die Landrechte der Adivasi beruhen auf ihrer spirituellen Beziehung zu dem Land, das sie oft seit Jahrhunderten bewohnen. Da sie nur selten über Besitzurkunden verfügen, werden ihre Rechte oft von der staatlichen Forstverwaltung und im Rahmen von Infrastruktur- und Industrieprojekten ignoriert.

Von überragender Bedeutung ist daher die eindeutige und uneingeschränkte Anerkennung der Landrechte der Adivasi sowie ihre praktische Durchsetzung. Nur auf ihrer Grundlage sind eine selbstbestimmte Entwicklung der Adivasigemeinschaften und ihre Integration in das demokratische Indien überhaupt möglich.

- **Beteiligungsrechte**

In Gegenwart wie Vergangenheit sind große Industrie- und Infrastrukturprojekte in Indien oft über die Köpfe der in vielen Fällen betroffenen Adivasi hinweg geplant worden. Die Stärkung und sorgfältige Beachtung ihrer Beteiligungs- und Anhörungsrechte sind jedoch unbedingt notwendig. Nur im intensiven und ernsthaften Dialog mit den Betroffenen ist es möglich, unnötige Beeinträchtigungen zu vermeiden bzw. zu minimieren und eine zufriedenstellende Form der Entschädigung finden.

- **Institutionelle Vertretung und Selbstbestimmung stärken**

Das Ministry of Tribal Affairs (seit 1999) und die National Commission for Scheduled Tribes (seit 2004), die sich um die Belange der Adivasi kümmern sollen, sind bis jetzt weitgehend ineffektiv. Die Politik des Ministeriums wird von den Adivasi oft als paternalistisch empfunden. Die auf dem Papier mit umfassendem Auftrag und weitgehenden Rechten ausgestattete Kommission befindet sich im Aufbau. Als am effektivsten erwiesen hat sich bislang die nicht in allen Bundesstaaten umgesetzte und oft hinausgezögerte Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der Adivasi durch den PESA-Act von 1996.

Erforderlich ist daher eine Ausrichtung der Politik des Ministeriums an den wirklichen Interessen der Adivasi, die Bereitstellung finanzieller, personeller und organisatorischer Mittel, um die Arbeitsfähigkeit der Kommission zu gewährleisten sowie die zügige und umfassende Umsetzung des PESA-Acts in allen Bundesstaaten.

- **Faire Entschädigung und Wiedergutmachung begangenen Unrechts**

Seit Staatsgründung sind Millionen Adivasi von ihrem Land vertrieben worden, ohne dass sie dafür eine angemessene Entschädigung erhalten hätten. Die GfbV fordert eine Wiedergutmachung des in diesem Zusammenhang begangenen Unrechts – wenn möglich in Form der Rückgabe des enteigneten Landes an die Betroffenen oder ihre Nachkommen oder eine angemessene Entschädigung vorzugsweise in qualitativ vergleichbarem Land, ohne dass dabei der Zusammenhalt der Dorfgemeinschaften zerstört wird. Für aktuelle Fälle muss der bestehende Vorrang der Entschädigung in Land auch in der Praxis streng beachtet werden. Eine Entschädigung in Geld darf nur die Ausnahme darstellen und muss dem tatsächlichen Wert des Landes entsprechen. Weiterhin ist zu beachten, dass Entschädigungsfälle geregelt sein müssen, bevor Projekte begonnen und auf diese Art Fakten geschaffen werden.

- **Verbesserung von Gesundheitsversorgung, Bildung und Ernährungssicherheit**
Die Situation der Adivasi in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung ist deutlich schlechter als im Landesdurchschnitt. Bereits existierende Programme haben in diesen Bereichen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die gesamte Förderung sollte daher unter Mitwirkung der Adivasi von Grund auf reformiert werden. Da die drei Bereiche nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, muss die Reform unbedingt einen integrierten und ganzheitlichen Ansatz verfolgen.
- **Schutz vor Diskriminierung und Gewalt**
Jedes Jahr werden zahlreiche Adivasi Opfer von rassistisch motivierter Gewalt. Obwohl spezielle Straftatbestände für diese Fälle existieren, werden sie von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten weit weniger intensiv verfolgt als die Fälle, in denen Nicht-Adivasi betroffen sind.
- **Klare rechtliche Regelungen und ihre Umsetzung**
Es existieren viele Gesetze, die ihrem Zweck nach die Situation der Adivasi verbessern sollten. Leider sind sie oft in sich widersprüchlich oder mangelhaft abgestimmt mit konkurrierenden Gesetzen. Im Ergebnis führt dies zu einem übergroßen Ermessensspielraum der Verwaltung, der oft zuungunsten der Adivasi ausgeübt wird. Abgesehen davon werden auch eindeutige Regelungen oft nicht in die Praxis umgesetzt. Infolge dessen ist es von größter Bedeutung, dass gesetzliche Regelungen klar und in einer Weise formuliert werden, dass sie weder sich selbst noch anderen Gesetzen widersprechen. Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden, dass gesetzliche Regeln auch tatsächlich umgesetzt und angewendet werden.
- **Besondere Berücksichtigung der Belange der Adivasi bei Projekten der Entwicklungshilfe**
In Anbetracht der bislang unzureichenden Berücksichtigung der Belange der Adivasi vor Ort erwächst ausländischen Kooperationspartnern im Rahmen von Projekten der Entwicklungshilfe eine besondere Verantwortung. Sie sollten von Beginn an sicherstellen, dass eine Beeinträchtigung der Interessen der Adivasi durch Projekte vermieden oder so weit wie möglich minimiert wird. Sollte es dennoch zu erheblichen Beeinträchtigungen kommen, muss ein fairer Umgang mit den Betroffenen oberste Priorität genießen.
- **Schutz der kulturellen Identität**
Das übergeordnete Ziel aller Maßnahmen muss es sein, den Adivasi die selbstbestimmte Bewahrung ihrer Kultur zu ermöglichen.



3. Fußnote der Geschichte: Die Adivasi kämpfen um ihre kulturelle Existenz

Am 15. August 2007 feiert Indien den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Die ehemalige britische Kolonie ist heute die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde und erlebt zur Zeit eine rasante wirtschaftliche Entwicklung. Doch in Indien ist mit den Adivasi auch die zahlenmäßig größte indigene Bevölkerungsgruppe weltweit beheimatet. Deren Lebensgrundlagen und Kultur geraten immer mehr unter die Räder der rapiden wirtschaftlichen Aufholjagd des Landes.

Die Zahl der in Indien lebenden Adivasi (Hindi für Ureinwohner, erster Bewohner) liegt nach der Volkszählung des Jahres 2001 mit 84,32 Mio. Menschen höher als die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland. Damit stellen sie 8,2 % der indischen Bevölkerung. Insgesamt sind 57 Volksgruppen unterschiedlicher Größe als so genannte Scheduled Tribes staatlich registriert.¹ So zählen die Völker der Bhil, Gond und Santal mehrere Millionen Menschen, während die der auf den Andamanen lebenden – und im Zuge der Tsunami-Katastrophe von 2004 zu einer gewissen Bekanntheit gelangten – Jarawa und Onge nur noch aus einigen hundert Menschen bestehen und akut vom Aussterben bedroht sind.²

3.1 An den Rand gedrängt

Die Hauptsiedlungsgebiete der Adivasi liegen heute in den entlegenen und wirtschaftlich vergleichsweise wenig entwickelten Gebieten Nordostindiens sowie im so genannten „Tribal Belt“ Zentralindiens, der die Bundesstaaten Madhya Pradesh, Chattisgarh, Maharashtra, Orissa, Jharkhand und Gujarat umfasst. Hierhin hatten sich die Adivasi nach dem Einfall indogermanischer Nomadenvölker im 2. Jahrtausend vor Christus zurückgezogen und hier lebten sie lange Zeit vergleichsweise unbehelligt. Selbst zur Kolonialzeit waren die Gebiete im Nordosten ganz und die Gebiete Zentralindiens zumindest teilweise von einer direkten Verwaltung durch die Briten ausgenommen.

Umso tragischer ist es, dass nun auch dieser entlegene und schwer zugängliche Lebensraum, zum Spielball der sich in atemberaubendem Tempo vollziehenden Industrialisierung Indiens geworden ist. Insbesondere der Reichtum an Bodenschätzen (u.a. Bauxit, Eisenerz, Kohle, Uran und Mangan) der zu großen Teilen von Adivasi bewohnten Bundesstaaten Orissa, Jharkhand und Chattisgarh hat Begehrlichkeiten geweckt und zu zahllosen Bergbauprojekten geführt. Dazu kommt eine große Zahl an Industrie- und Infrastrukturvorhaben sowie

DIE ADIVASI

- „Adivasi“ bedeutet auf Hindi „erste Menschen“ bzw. „erste Siedler“. Offiziell werden sie als „tribals“ (Stammesvölker) oder „scheduled tribes“ bezeichnet.
- Sie stellen 84,32 Mio. (8,2 % der indischen Bevölkerung)
- Größte Völker sind die Bhil (7 Mio.), Gond (7 Mio) und Santal (3,6 Mio), kleinste Völker sind die Jarawa (ca. 200) und Onge (ca. 100) auf den im indischen Ozean liegenden Andamanen.
- Leben vor allem in entlegenen Wald- und Bergregionen des Tribal Belt Zentralindiens (Madhya Pradesh, Chattisgarh, Maharashtra, Orissa, Jharkhand und Gujarat) sowie im Nordosten des Landes.
- Männer und Frauen sind weitgehend gleichberechtigt. Auch Mädchen werden von den Familien als wertvoll betrachtet. Die Tötung weiblicher Kleinkinder und Föten ist selten. Es existiert kein die Frauen diskriminierendes Mitgiftsystem.
- Lebten traditionell von Jagd, Ackerbau und Subsistenzlandwirtschaft. Inzwischen arbeitet die Mehrheit wegen der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen als Kleinbauern und Landarbeiter.
- Betrachten Grundbesitz als ein kollektives Gut und lehnen Privateigentum ab.
- Leben zu ca. 90 % unter der offiziellen Armutsgrenze
- Waren ursprünglich Anhänger verschiedenartiger Naturreligionen. Heute bekennen sich viele auch zu Christentum, Buddhismus und Islam. Allerdings werden oft überlieferte Riten beibehalten. Der Hinduismus mit seinem diskriminierenden Kastensystem ist für die Adivasi nicht attraktiv. Wenn sie sich nicht aktiv zu einer anderen Religion bekennen, werden sie dennoch statistisch als Hindus erfasst.

Quelle: siehe Anhang

in geringerem Maße Naturschutz- und Tourismusprojekte, die ebenfalls zur Folge haben, dass die Adivasi in immer stärkerem Ausmaß aus den Gebieten vertrieben werden, die für den Fortbestand ihrer Kultur von entscheidender Bedeutung sind. Doch heutzutage existieren keine Gebiete mehr, in welche die Adivasi noch ausweichen könnten. Die wenig bekannte und noch weniger beachtete Kehrseite des viel bewunderten indischen Wirtschaftsbooms ist daher die drohende Vernichtung der Kultur der Adivasi.³

Faire Verhandlungen oder angemessene Abfindungsregelungen sind im Zuge dieses Prozesses die große Ausnahme. In aller Regel werden bei Landabtretungen Preise deutlich unter dem realen Wert gezahlt. Ausgleichsflächen werden – wenn überhaupt – all zu oft nicht in adäquater Größe oder Qualität zur Verfügung gestellt. Und auch die bei den Projekten immer wieder gerne in Aussicht gestellten Jobs für die Ureinwohner erweisen sich in den meisten Fällen als leere Versprechungen. Erschwerend hinzu kommt, dass zahlreiche Projekte die Umwelt – und damit auch die Lebensgrundlage der Adivasi – in einem sehr viel weiträumigeren Gebiet beeinträchtigen, als dies von Seiten der Verwaltung oder der beteiligten Unternehmen gern zugegeben wird. Die weit reichenden Folgen von Umweltbeeinträchtigungen wie z.B. sinkende Grundwasserspiegel, verseuchtes Trinkwasser, Artensterben oder die abnehmende Fruchtbarkeit landwirtschaftlich genutzter Flächen betreffen oft ein Gebiet, das viel größer ist als jenes, welches unmittelbar von Industrie-, Bergbau- oder Infrastrukturprojekten betroffen ist.⁴

3.2 Tagelöhner in der Stadt

Die Adivasi finden sich so in einer Situation wieder, in der ein Leben in traditioneller Weise auf dem ihnen verbliebenen Land immer weiter erschwert und in vielen Fällen sogar unmöglich gemacht wird, während auf der anderen Seite keine neuen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten entstehen. Die Auswirkungen auf die Ernährungslage der Adivasi sind schockierend. So ergab eine Studie des Centre for Environment and Food Security in Neu Delhi, dass im Jahr 2004 von 500 untersuchten Adivasi-Familien in Rajasthan und Jharkand die überwältigende Mehrheit von nur einer Mahlzeit am Tag lebte, die noch zudem nur in seltenen Fällen tierische Produkte oder Hülsenfrüchte beinhaltete.⁵ Da es vielen Adivasi in anderen Gebieten kaum besser geht, bleibt vielen nur der Weg in die Stadt. Hier begegnen sie wieder ihren nahen Verwandten, den Dalits, die vor über 2.000 Jahren nicht vor den heranrückenden Nomadenvölkern in die Wälder und Berge ausgewichen waren und auf unterster Stufe ins Kastensystem integriert wurden. Aber auch in den Städten stehen die Chancen der Adivasi schlecht. Staat und Wirtschaft streben danach, moderne Metropolen für die wachsende indische Mittelklasse zu schaffen: mit Einkaufszentren, Vergnügungsvierteln, exklusiven Hotels, Schnellstraßen und U-Bahnen. Durch diese Entwicklung werden kleine Industriebetriebe, traditionelles Gewerbe und kleine Geschäfte verdrängt. Einen Neuanfang in den durch diese Entwicklung immer teurer werdenden Metropolen können sich nur wenige leisten.⁶ Daher stehen auch die Chancen der Adivasi, die meist nur über eine rudimentäre Schulbildung verfügen, schlecht. Ihnen droht eine Existenz als Tagelöhner oder Wanderarbeiter und ein Leben in den urbanen Slums. Es wird geschätzt, dass bereits mehr als 10 Millionen Adivasi in den städtischen Elendsvierteln leben – 90 % von ihnen unter der mehr als bescheiden angesetzten Armutsgrenze.⁷

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die beschönigend als „Arbeitsmigration“ bezeichnete Abwanderung junger Adivasi-Frauen in die Städte. Dort ist bei den im Zuge des indischen Wirtschaftsbooms rasch wachsenden und immer wohlhabender werdenden Mittelschichten ein enormer Bedarf an Hausangestellten entstanden. Allein in Neu Delhi verdingen sich inzwischen wahrscheinlich mehr als eine Million der im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen als ehrlich, fleißig und gutgläubig geltenden Adivasi-Frauen. Der ständige Bedarf an neuen Arbeitskräften in diesem Bereich wird für die Hauptstadt von über 500 Agenturen gedeckt, die junge Frauen vom Land in die Stadt lotsen und ihnen dort oft als Erstes eine Gebühr für die vermittelte Arbeitsstelle abnehmen. Mit ihrer Tätigkeit in der Stadt verbindet sich für die Frauen die Hoffnung auf ein besseres Leben, das

ihnen zusätzlich die Unterstützung ihrer Familie auf dem Land ermöglicht. Doch die Realität sieht meist anders aus und die jungen Frauen finden sich oft in einer Lage wieder, die eher einer Leibeigenschaft ähnelt. 16-Stunden-Tage bei einem Tageslohn von 50 Rupien (umgerechnet weniger als 1 €) und nur ein freier Tag pro Monat sind eher die Regel als die Ausnahme. Zudem sind die Frauen nicht selten inner- und außerhalb des Haushaltes sexuellen Belästigungen ausgesetzt. Die Zustände auf dem Markt für Haushaltsangestellte bewegen sich insgesamt oft in einer Grauzone zum Menschenhandel.⁸

Die Umsiedlung in die Stadt stellt für die Adivasi-Frauen auch in anderer Hinsicht einen Kulturschock dar. Sie stammen aus einer weitgehend egalitären Gesellschaft, in der Frauen als gleichrangige Partner betrachtet werden und insofern größere Freiheiten genießen als ihre Geschlechtsgenossinnen in vom Hinduismus geprägten Gesellschaften. Bei den Adivasi haben Jungen und Mädchen für die Familie den gleichen Stellenwert. Mittel zur Geburtenkontrolle sowie die Tötung weiblicher Kleinkinder und Föten sind bei den Adivasi weit seltener als im Hinduismus. Ferner existiert kein die Frauen diskriminierendes Mitgiftsystem.⁹ Insofern bedeutet der Kontakt mit der hinduistischen Mehrheitsgesellschaft zumeist auch einen erheblichen Verlust an persönlicher Freiheit.

3.3 Von der Verfassung geschützt

In überraschend krassem Gegensatz zur trostlosen Lebenswirklichkeit der überwiegenden Mehrheit der Adivasi steht ihre rechtliche Situation. Ihre jahrhundertelange Unterdrückung und Diskriminierung ist in Indien schon zu Zeiten der Unabhängigkeitsbewegung als grundlegender Missstand erkannt worden. In der Folge wurden sowohl ihnen als auch den in ähnlicher Weise benachteiligten Dalits in der Verfassung besondere Rechte eingeräumt. Für beide Gruppen bestehen Quotenregelungen, durch die für sie z.B. eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Zahl an Parlamentsmandaten sowie an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in öffentlichen Betrieben reserviert ist. Für die Gebiete, die überwiegend von Adivasi bewohnt werden, bestehen gesonderte Verwaltungsvorschriften und Entwicklungsprogramme. Ein Sonderbeauftragter – der Commissioner for Scheduled Castes and Scheduled Tribes – legt der Regierung regelmäßig Berichte über die soziale Lage der Adivasi und Dalits vor. Zudem existiert seit 1999 ein Ministerium, das Ministry of Tribal Affairs, das sich ausschließlich um ihre Belange kümmert. Die National Commission for Scheduled Tribes, eine Behörde die über die Rechte der Adivasi wachen soll, befindet sich seit 2004 im Aufbau.

Doch so gut sich viele Maßnahmen auf dem Papier auch ausnehmen mögen, in der Praxis werden sie schlecht oder gar nicht umgesetzt und erreichen die Bedürftigen viel zu selten oder in viel zu geringem Umfang. Häufig verschwinden die als Hilfe für die Adivasi bereit gestellten Gelder in den Taschen korrupter Beamter oder fließen in Projekte, die an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbeigehen. Die – im Übrigen selten ausgeschöpften – Ausbildungsquoten haben vor allem zur Bildung einer kleinen und angepassten Elite geführt, die sich von ihrem indigenen Hintergrund weitgehend gelöst hat und somit für den Kampf der Adivasi gegen ihre Diskriminierung kaum eine Rolle spielt.

Damit steht Indien vor einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite verfügt das Land laut Professor Ram Dayal Munda, einem erfahrenen Adivasi-Politiker, was den rechtlichen Schutz seiner indigenen Bevölkerung angeht, über eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt. Auf der anderen Seite aber werden ihre Vorgaben bedauerlicher Weise miserabel in die Praxis umgesetzt.¹⁰ So haben verschiedene Forstgesetze das Land, auf dem die Adivasi leben, in der Vergangenheit Stück für Stück zu Staatsbesitz erklärt und damit ihre Möglichkeiten, dort ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften, erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig wird die Landnahme für eine Vielzahl von Großprojekten wie Staudämme, Bergwerke und Infrastrukturprojekte über ein noch aus der Kolonialzeit stammendes Gesetz, den Land Acquisition Act von 1894, betrieben. Dieses sieht nur minimale

Entschädigungszahlungen vor und räumt den Betroffenen keinerlei Recht auf Mitsprache ein.¹¹ Mit dem so genannten PESA-Act von 1996 existiert zwar ein Gesetz, das diesem Vorgehen in gewissem Rahmen entgegenwirken könnte, es wurde jedoch bislang nur von wenigen Bundesstaaten umgesetzt und findet auch dort in der täglichen Praxis nicht immer Beachtung.¹²

3.4 Vertreibungen

Das Ausmaß der Vertreibungen durch Landnahme ist gigantisch. Umfassende amtliche Zahlen werden zu diesem Thema aus ersichtlichen Gründen kaum erhoben oder publiziert. Eine wissenschaftliche Studie von Walter Fernandes aus dem Jahr 1995 geht für den Zeitraum 1951-1990 von einer Zahl von über 21 Mio. Vertriebenen aus,

HERKUNFT UND KULTUR DER ADIVASI

Ursprünglich besiedelten indigene Völker den gesamten indischen Subkontinent. Im Zeitraum von 1.500-1.000 v.Chr. fielen jedoch indogermanische Nomadenvölker aus dem zentralasiatischen Raum im heutigen Indien ein. Dank ihrer militärischen Überlegenheit breiteten sie sich in den folgenden Jahrhunderten auf dem gesamten Subkontinent aus, rodeten die Wälder, um Ackerbau zu betreiben, und versklavten einen Teil der Ureinwohner. Ihnen wurde die Aufnahme in die Kastengesellschaft der Eroberer verwehrt und sie blieben in Ghettos am Rande der Siedlungen unter sich. Diese Gruppe von Ureinwohnern nennt sich heute Dalits (Hindi für „die Gebrochenen“ oder „die Unterdrückten“). Der andere Teil der Ureinwohner, die Adivasi, zog sich in unwegsame Wald- und Gebirgsregionen zurück. Dort lebten sie bis in jüngere Zeit weitgehend selbstbestimmt und unbehelligt.

Orthodoxen Hindus gelten die dunkelhäutigeren Gruppen der Adivasi und Dalits auch heute noch als rituell unrein, minderwertig und unzivilisiert. Die sich aus dieser Einstellung ergebende Geringschätzung findet ihren Niederschlag auch in der amtlichen Nomenklatur, in deren Rahmen die Adivasi zuweilen auch als „primitiv“ oder „rückständig“ bezeichnet werden („primitive or backward classes/castes“). Die Kultur der Adivasi – egal ob Wildbeuter im südindischen Regenwald, Brandrodungsbauern im zentralindischen Hochland oder Hirtennomaden im Himalaja – fußt wie bei eigentlich allen indigenen Völkern auf einer spirituellen Beziehung zu ihrem Land. Dieses ist in ihrer Vorstellung bewohnt von Naturgottheiten, die vor allem auf Bergen und in alten Bäumen leben. Dementsprechend wirtschaften die Adivasi überwiegend autark und in ihren Methoden der jeweiligen Umwelt angepasst. Ihr Ziel ist dabei ausschließlich die Befriedigung ihrer unmittelbaren Lebensbedürfnisse. Profitstreben entspricht nicht ihrer Kultur und wird daher geradezu verachtet. Gegebenenfalls anfallende Überschüsse werden mit der Gemeinschaft geteilt.

Quelle: siehe Anhang

von denen nur 25 % in den Genuss einer – oft unzureichenden – Entschädigung gelangt sind.¹³ Bei etwa 40 %, also 9 Mio., der Betroffenen handelte es sich um Adivasi. Für das Jahr 2000 wurde die Gesamtzahl der Vertriebenen auf 30 Mio. geschätzt. Seitdem dürfte sie sich aufgrund der zahlreichen, im Zuge des indischen Wirtschaftsbooms angeschobenen Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte noch weiter erhöht haben. Auch der Anteil der vertriebenen Adivasi liegt nach Angaben des Asian Indigenous & Tribal Network inzwischen bei 55,1 %¹⁴

In Anbetracht dieser Lage und ihrer schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit kann es kaum verwundern, dass der Widerstand der Adivasi gegen ihre Umsiedlung und Vertreibung vor allem in jüngerer Zeit an Häufigkeit und Intensität erheblich zugenommen hat. Nicht zuletzt deswegen werden die Probleme auch von höchster staatlicher Stelle inzwischen offiziell zu Kenntnis genommen. Premierminister Manmohan Singh erkannte in einer Rede vor Industriellen am 18. April 2006 an, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht Leben und Lebensraum von Menschen bedrohen dürfe und dass insofern dringender Bedarf an funktionierenden Konfliktlösungsmechanismen bestehe.¹⁵ In der Praxis allerdings führt die enorme wirtschaftliche Dynamik in aller Regel dazu, dass Großprojekte weiterhin in so rücksichtsloser Art und Weise vorangetrieben werden, dass sowohl der Lebensraum als auch das Leben der Adivasi akut bedroht sind. So kam es im Januar 2006 bei Protesten

gegen den Bau eines Stahlwerkes in Kalinganagar (Orissa) ebenso zu zahlreichen Toten wie bereits im Februar 2003 bei den Auseinandersetzungen um die Räumung von Adivasisiedlungen in einem Wildtierreservat in Muthanga (Kerala) und im Februar 2002 bei Protesten gegen den Bau des Koel-Karo-Staudamms (Jharkand).

3.5 Der Boom braucht Land

Die Planung von Großvorhaben geht währenddessen in Bundesstaaten wie Orissa und Jharkand, die das Hauptsiedlungsgebiet der Adivasi sind, unablässig weiter. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Konflikte um das Land der Adivasi weiter verschärfen werden. Im rohstoffreichen Orissa, das als Schrittmacher für andere Staaten gilt, haben die Behörden in letzter Zeit über 40 Vereinbarungen hinsichtlich zukünftiger Projekte mit nationalen und internationalen Stahlkonzernen unterzeichnet. Zusätzlich sollen mindestens 13 neue Kohlekraftwerke errichtet werden. Allein für diese Projekte würde eine Fläche von mehr als 40.000 ha benötigt, die neben fruchtbarem Ackerland auch erhebliche Waldgebiete umfasst, in denen Adivasi leben.¹⁶ Ähnliches gilt für das als Schatzkammer Indiens geltende Jharkand, in dem bereits vor 40 Jahren für das mit deutschen Entwicklungshilfegeldern errichtete Stahlwerk in Rourkela 16.000 Adivasi¹⁷ von ihrem Land vertrieben wurden. Alleine im Jahr 2005 wurden hier 40 Vorverträge über Bergbau- und Industrieprojekte abgeschlossen. Diese Vorhaben würden 20.000 ha Land der Adivasi in Anspruch nehmen. Fast überall aber haben die Bewohner ihren Widerstand gegen diese Projekte angekündigt. In Jharkand hat dabei ein Regierungswechsel, in Folge dessen zunächst einmal alle Projektvereinbarungen auf Eis gelegt wurden, den Betroffenen eine Atempause verschafft.¹⁸

Neben dem Protest gegen Bergbauprojekte und Stahlwerke ist vor allem der Widerstand gegen Großdämme, die der Energieproduktion und – mit oft mit fragwürdigen Ergebnissen – der Bewässerung dienen sollen, von Bedeutung. International am bekanntesten dürfte dabei der Sardar-Sarovar-Damm im Narmada-Tal des Bundesstaates Gujarat sein, gegen dessen Bau sich auch die Schriftstellerin Arundathi Roy einsetzt¹⁹. Im März 2006 wurde nach langjährigem Baustopp beschlossen, die Staumauer von 110 auf 122 Meter zu erhöhen, was neben den bis dahin Betroffenen weitere 35.000 Familien von ihrem Land vertreiben würde. Sollte der Ausbau bis zur ursprünglich vorgesehenen Höhe von 138 m erfolgen, müssten insgesamt 320.000 Menschen²⁰ – mehrheitlich Adivasi – dem Damm weichen. Die Zahl der indirekt Betroffenen läge noch deutlich höher.

Beim Sardar-Sarovar-Damm handelt es sich um das größte Projekt im Rahmen des Narmada River Development Project (NRDP). Dieses beinhaltet insgesamt nicht weniger als 30 große, 135 mittlere und 3000 kleine Staudämme, die an diesem Flusssystem entstehen sollen.²¹ Im Zusammenhang mit einem weiteren Großprojekt, dem Indira-Sagar-Damm an der Godavari bei Polavaram im Bundesstaat Andhra Pradesh, werden voraussichtlich 200.000 Menschen ihr Land verlieren – unter ihnen knapp die Hälfte Adivasi.²² Selbst diese wahrhaft gigantischen Projekte werden noch einmal in den Schatten gestellt durch das auf 200 Mrd. US\$ veranschlagte River-Linking-Project (RLP), in dessen Rahmen die bedeutendsten 30 Flüsse Indiens zu einem gigantischen Wassernetz verbunden werden sollen. Die Auswirkungen dieses viel kritisierten Vorhabens auf Menschen und Umwelt sind kaum absehbar. Mit Sicherheit aber wären sie dramatisch und würde Millionen von Menschen – unter ihnen viele Adivasi - betreffen.

3.6 Der Kampf geht weiter

In Anbetracht dieser Situation ist der entschlossene Widerstand der Adivasi ein klares Zeichen dafür, dass ihnen bewusst ist, was für sie auf dem Spiel steht. Gleichzeitig ist er aber auch ein deutlicher Beleg für ihre große Enttäuschung und angestaute Wut, da sie sich als Verlierer und Opfer des indischen Wirtschaftsbooms fühlen.

Vielleicht ist es in dieser Hinsicht ein Hoffnungsschimmer, dass die bedrohliche Situation der Adivasi von offizieller Seite nicht nur bemerkt worden ist, sondern dass sie inzwischen auch politische Aktivitäten ausgelöst hat. Ende 2006 wurde vom nationalen Parlament ein von einigen Seiten als „historisch“ bezeichnetes Gesetz verabschiedet, das erstmalig offiziell die Landrechte der Adivasi in den Wäldern anerkennt. Gleichzeitig nimmt eine seit einigen Jahren vorbereitete nationale Politik für die Adivasi immer konkretere Gestalt an. Beide könnten – im Falle einer

sinnvollen Umsetzung und vor allem Anwendung – dazu beitragen, die traditionelle Diskriminierung der Adivasi schrittweise zu beseitigen.²³

Allerdings lehren die Erfahrungen der Vergangenheit, dass die Umsetzung und Anwendung bestehender Gesetze in Indien keinesfalls selbstverständlich ist. Dies gilt umso mehr, als der Bedarf an Land und Ressourcen im Zuge des anhaltenden indischen Wirtschaftsbooms immer weiter zunimmt und sich im Zuge der massenhaften Ausweisung von Sonderwirtschaftszonen bereits die nächsten Konflikte abzeichnen.²⁴ So stehen die Adivasi vor einem harten und langwierigen Kampf, wenn sie verhindern wollen, was Kardinal Toppo, einer ihrer prominentesten Vertreter und Fürsprecher für den Fall, dass industrielle Großprojekte weiter ohne Rücksicht auf ihre Belange durchgeführt werden, befürchtet: "Die Lebensweise und die Kultur der Adivasi würden schon bald nur noch eine Fußnote der Geschichte sein. Wenn sie von ihrem Land getrennt werden, wird das gesamte Gefüge ihrer Gesellschafts- und Sozialstrukturen unwiderruflich zerstört."

4. „Strahlende Zukunft“: Indiens Uranbergbau und seine Folgen für die Adivasi

Als der US-Kongress im Dezember 2006 einer Änderung des Atomgesetzes zustimmte, beendete er damit die seit dem ersten indischen Atomtest im Jahr 1974 bestehende nuklearpolitische Isolation des Landes. Der mit großer Mehrheit angenommene „Hyde-Act“ sieht für Indien eine Ausnahme von der Regel vor, die den USA jegliche atomwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Staaten untersagt, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind. Im Juli 2007 verkündeten US-Präsident George W. Bush und der indische Ministerpräsident Manmohan Singh eine Einigung im Hinblick auf die Konditionen ihrer Zusammenarbeit. Das Abkommen wurde vom politischen Indien mit großer Genugtuung aufgenommen, bedeutet es doch, obwohl eine militärische Zusammenarbeit ausgeklammert blieb, de facto die Anerkennung seines Status als Atommacht. Insbesondere erleichtert es den geplanten massiven Ausbau der Atomenergie. Alles andere als Genugtuung werden dagegen die Adivasi empfinden, in deren Siedlungsgebieten sich nahezu alle wirtschaftlich ausbeutbaren Uranvorkommen befinden. Denn sie werden höchstwahrscheinlich den gleichen schrecklichen Preis für Indiens nukleare Ambitionen zahlen, den ihre Verwandten in Jadugoda bereits seit 40 Jahren entrichten.

Im Dorf Dugridih nahe Jadugoda im indischen Bundesstaat Jharkand strömten am 24. Dezember 2006 über neun Stunden tausende Liter radioaktiven Abfalls in einen kleinen Fluss sowie in die Umgebung der Siedlung, die überwiegend von Adivasifamilien bewohnt wird, welche beim Bau der Anlage und der dazugehörigen Absetzbecken dorthin umgesiedelt wurden. Erst als Bewohner des Dorfes die Leitung des Werkes, das von der zu 100 % in Staatsbesitz befindliche Uranium Corporation of India Limited (UCIL) betrieben wird, informierten, wurde die Leitung geschlossen. Es existieren offensichtlich, obwohl bereits im Jahr 1986 der Damm eines der mit radioaktivem Abraum gefüllten Absetzbecken gebrochen war, keine Warnvorrichtungen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der ausgetretene Abfall auf dem Fluss bereits einen Giftteppich gebildet, der die Wasservorräte zahlreicher flussabwärts gelegener Gemeinden kontaminierte und einen Großteil der im Fluss und in der Uferregion lebenden Tierwelt vernichtete. Das genaue Ausmaß des Schadens ist schwer abzuschätzen und es kann nur spekuliert werden, welche gesundheitlichen Folgen der Unfall für die Adivasi haben könnte. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit vergleichbaren Unfällen, dass die Probleme oft erheblich sind. Bei einem vergleichbaren Ereignis 1979 in Church Rock (USA) war der Boden z.B. bis zu 10 m tief kontaminiert. Es dauert unter Umständen Monate und – im Falle Grundwasser führender Schichten – sogar Jahre, bis das Wasser wieder als unbedenklich für den menschlichen Gebrauch gelten kann.²⁵

Ein nennenswertes mediales Echo hat der Vorfall von Jadugoda nicht erzeugt. In Indien akzeptiert man es offenbar immer noch dass derartige Opfer an Mensch und Natur für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gebracht werden müssen. Darüber hinaus ist der Vorfall eine Erinnerung daran, dass die Adivasi, die in der Umgebung der Uranvorkommen von Jadugoda leben, die Hauptleidtragenden des seit der Staatsgründung verfolgten indischen Atomprogramms sind.

INDIENS ATOMARE AMBITIONEN

Die nuklearen Ambitionen Indiens reichen zurück bis in die Zeit vor seiner Unabhängigkeit. Bereits kurz nach seiner Staatsgründung verfolgte Indien als erstes asiatisches Land ein umfangreiches Atomprogramm. In den Anfangsjahren betonte Premierminister Jawaharlal Nehru stets dessen zivilen Charakter. Diese Situation änderte sich jedoch nach der als Demütigung empfundenen Niederlage in einem kurzen Grenzkrieg mit China 1962 und dem Aufstieg des Gegners zur Atommacht im Jahr 1964. Spätestens von diesem Zeitpunkt an verfolgte auch Indien ein militärisches Nuklearprogramm, das zur Zündung der ersten indischen Atombombe 1974 in Pokhran (Rajasthan) führte. Als Reaktion verhängten zahlreiche Staaten, die zuvor mit Indien bei der zivilen Nutzung der Kernenergie zusammengearbeitet hatten, ein Handelsembargo. Dieses wurde nach fünf weiteren Tests am 11. Mai 1998, in deren Folge sich auch Pakistan einige Tage später mit mehreren Tests als Atommacht zu erkennen gab, noch einmal verschärft. Im Bestreben, Indien als machtpolitisches Gegengewicht zu China zu stärken, kündigte US-Präsident George W. Bush im März 2006 ein indisch-amerikanisches Nuklearabkommen an. Im Dezember 2006 stimmte der US-Kongress mit großer Mehrheit dem Hyde-Act zu. Das US-Atomgesetz wurde dahingehend geändert, dass es nun auch die Zusammenarbeit und den Handel mit Indien im nuklearen Bereich erlaubt, obwohl dieses den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Damit wird Indien als militärische Atommacht anerkannt. Auch der geplante massive Ausbau der zivilen Kernenergie des Landes wird so erheblich erleichtert. Im Juli 2007 einigten sich Indien und die USA auch die Inhalte ihrer zukünftigen Kooperation.

Quelle: siehe Anhang

4.1 Uranbergbau in Jadugoda

Uranerz wird von der UCIL im Gebiet von Jadugoda seit 1967 im Untertagebau gefördert. Die dortige Urankonzentration des Erzes lag für die damalige Zeit mit 0,06 % vergleichsweise niedrig. Als abbauwürdig konnte sie nur gelten, da Indien im Rahmen seines Atomprogramms großen Wert auf dessen Unabhängigkeit legte.²⁶ Gegenwärtig gibt es drei Minen, Bhatin, Narwapahar und Jadugoda, die in Jadugoda selbst befindliche Uranmühle mit Erz versorgen. Dieses wird dort zu einem feinen Pulver zermahlen, aus dem dann mit Hilfe von Säuren das Uran herausgelöst wird. Das so gewonnene und nach seiner auffälligen Färbung „Yellowcake“ genannte Uranpulver besteht zu 70-80 % aus Uranverbindungen und ist eine wichtige Zwischenstufe bei der Produktion von Kernbrennstoffen.

Die Uranmühle in Jadugoda verarbeitet täglich etwa 1.000 t Uranerz und produziert auf diese Weise pro Jahr etwa 200 t Yellowcake. Die nicht genutzten 99,94 % des Erzes ergeben im Verlauf eines Jahres eine Abraummenge von geschätzten 330.000-360.000 t. Diese ist noch stark säurehaltig und wird daher zunächst mit Kalk neutralisiert. Anschließend werden die groben Bestandteile – etwa 50 % des Abraums – von den feinen getrennt. Erstere werden zum Auffüllen der Förderstollen verwendet. Die feineren Bestandteile des Abraums werden mit Wasser vermischt und durch eine – teilweise über die Dächer eines Dorfes verlaufende – Rohrleitung in Absetzbecken gepumpt, wo sie verbleiben. In Jadugoda existieren bislang drei Absetzbecken, die insgesamt eine Fläche von mehr als 78 ha einnehmen²⁷ und mehrere zehntausend Tonnen radioaktiven Abraums enthalten. Der Bau eines vierten Beckens wird in absehbarer Zeit erforderlich sein²⁸.

Der Abraum in den Absetzbecken ist allerdings auch nach Abtrennung alles andere als harmlos. Er enthält immer noch Zerfallsprodukte des Urans wie z.B. Thorium-230, Radium-226 oder Radon-222 und damit ca. 80 % der ursprünglichen Radioaktivität des Erzes. Dazu kommen noch die Rückstände der Säuren, mit denen das Uran ausgewaschen wurde sowie im Uranerz enthaltene Gefahrstoffe wie die Schwermetalle Zink, Blei, Mangan, Cadmium und das hochgiftige Halbmetall Arsen. Diese Stoffe stellen – wie das Uran - vor allem dann eine erhebliche Gesundheitsgefahr dar, wenn sie in den Körper gelangen.²⁹ Besonders gefährlich ist in diesem Zusammen-

hang das hochradioaktive³⁰ und gasförmige Radon-222, das für die hohen Lungenkrebsraten im Uranbergbau verantwortlich gemacht wird.

In Jadugoda gelangen jedoch nicht nur die gasförmigen, sondern auch die festen und flüssigen Giftstoffe aus den weder eingezäunten noch abgedeckten Absetzbecken in die Umwelt. Während der Trockenzeit verdunstet das Wasser aus den Becken und der Wind kann den giftigen Staub in die Umgebung verfrachten. Während der Monsunzeit kommt es dagegen nicht selten vor, dass die Becken überlaufen und sich ihr Inhalt in den nächstliegenden Fluss ergießt.³¹ Unabhängig von der Jahreszeit können die Giftstoffe ständig ins Erdreich am Boden der nicht abgedichteten Becken versickern. Erschwerend kommt hinzu, dass die Absetzbecken von Jadugoda für geraume Zeit illegal als Endlager für radioaktive Abfälle anderer Produktionsanlagen, Forschungseinrichtungen und Krankenhäusern aus dem ganzen Land genutzt worden sind.³² Obwohl die UCIL Ende der 90er Jahre zugesagt hatte, diese Praxis einzustellen, gab es in der Folgezeit zahlreiche Hinweise darauf, dass auch weiterhin radioaktiver Müll von außerhalb in den Absetzbecken deponiert wurde.³³

4.2 Fehlende Sicherheitsvorkehrungen

Obwohl in Jadugoda seit 40 Jahren Uran abgebaut und verarbeitet wird, ist bemerkenswert wenig unternommen worden, um die vor allem aus Adivasi der Ho und Santhal bestehende Bevölkerung in den angrenzenden Dörfern oder die Arbeitskräfte in Uranmine und -mühle vor der Radioaktivität zu schützen. In einem Umkreis von 5 km um den Urankomplex leben nicht weniger als 30.000 Menschen.³⁴ Nach dem indischen Atomgesetz sind Siedlungen innerhalb eines Radius von 5 km um Atommülldeponien und Absetzbecken nuklearer Abfälle nicht erlaubt. In Jadugoda befinden sich dessen ungeachtet allerdings nicht weniger als sieben Dörfer sogar innerhalb eines Umkreises von 1,5 km. Das eingangs erwähnte Dorf Dungridih liegt sogar in nur 40 m Entfernung von einem Absetzbecken.³⁵

Die Liste der Verstöße gegen international gängige Sicherheitsstandards lässt sich leicht fortsetzen: Die Dämme der Absetzbecken dienten lange als Viehweiden und Spielplatz. Auch müssen sie aufgrund ihrer Lage von den Adivasi als Wege genutzt werden, wollen sie in den Wald oder in benachbarte Dörfer gelangen, ohne große Umwege in Kauf nehmen zu müssen. Die Absetzbecken sind bis heute nicht eingezäunt und als einziger Warnhinweis existierte – zumindest bis vor einigen Jahren – ein einziges Schild, dessen Bedeutung sich aber den wenigsten der des Lesens weitgehend unkundigen Anwohner erschlossen haben dürfte.³⁶ In den Überlaufzonen der Becken wird Getreide angebaut. LKWs transportieren das Uranerz auf offenen Ladeflächen durch die Dörfer zur Mühle und verlieren Teile ihrer Ladung auf den Straßen. Fässer mit radioaktivem Inhalt werden an öffentlich zugänglichen Orten gelagert.³⁷ Zudem werden Teile des radioaktiven Abraums für Geländeaufschüttungen und als Baumaterial verwendet.³⁸

Es kann kaum verwundern, dass dieser extrem sorglose Umgang mit dem Uran Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner hat. Besonders schlecht bestellt ist es um die Gesundheit der 7.000 Arbeiter in Mine und Mühle – die überwiegende Mehrzahl von ihnen Adivasi.³⁹ Sie arbeiten mit Ausnahme ihrer Handschuhe ohne irgendwelche Schutzmaßnahmen. Berichten der indischen Presse zufolge gibt es zahlreiche Todesfälle. Die Statistiken hierzu werden von Seiten der UCIL zwar so weit wie möglich geheim gehalten. Bekannt sind aber die Zahlen für die Jahre 1994-1997, denen zufolge im Jahr 1994 in Jadugoda 17 und in den Folgejahren 14, 19 und 21 Arbeiter starben.⁴⁰ Kranke Arbeiter werden in einem werkseigenen Krankenhaus behandelt. Ihre Krankenakten sind ein ebenso gut gehütetes Geheimnis wie die von ihren Dosimetern gemessene Strahlenbelastung.⁴¹ Angesichts dieser Missstände ist es wenig erstaunlich, dass unter der Belegschaft mit der Zeit Angst und Unzufriedenheit vorherrschen. Die UCIL begegnet diesem Problem allerdings nicht, wie man hoffen würde, durch eine offene

Kommunikationspolitik und eine Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen, sondern durch den Einsatz von Leiharbeitern, die problemlos ausgetauscht werden können, sobald sie erste Anzeichen von Krankheit zeigen.⁴²

4.3 Alphastrahlung

Die katastrophalen Zustände in Jadugoda werden seit Jahrzehnten durch die propagandaartige Öffentlichkeitsarbeit des Managements der UCIL verharmlost. Dessen Meinung nach stellen Uranbergbau und Uranaufbereitung keinerlei Gefahr dar. Insofern erübrigten sich auch über das bestehende Maß hinausgehende Sicherheitsvorkehrungen. Dass diese Einschätzung mit der Realität nichts zu tun hat, zeigt der Dokumentarfilm „Buddha weeps at Jadugoda“, der die katastrophalen Lebensumstände und gravierenden Sicherheitsmängel vor Ort thematisiert (der Titel ist eine Anspielung auf den zynischen Code, mit dem Atomwissenschaftler und Militärs 1974 Premierministerin Indira Gandhi und der Weltöffentlichkeit den ersten erfolgreichen Atomtest Indiens verkündeten: „The Buddha has smiled!“).

Der Film veranschaulicht auch die durch den Uranbergbau hervorgerufenen gesundheitlichen Leiden der Bevölkerung. Die Art und Weise der radioaktiven Belastung unterscheidet sich dabei allerdings grundsätzlich von den bekannteren Fällen der Liquidatoren des Reaktors in Tschernobyl oder der Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki. Diese waren in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum hohen Dosen radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Der bei der Urangeinnung entstehende Abraum ist dagegen nur schwach radioaktiv. Die von seinen Partikeln ausgehenden Alphastrahlen können die menschliche Haut nicht durchdringen. Eine erhebliche Gefahr stellen die Partikel aber dar, sobald sie in den Körper gelangen. Sie sammeln sich dann in Knochen, Lunge und Geschlechtsorganen und können dort mit ihrer Strahlung das Zellgewebe von innen heraus beschädigen oder zerstören. Auf diesem Wege entstandene Zellschäden können das Immunsystem schwächen und zu Deformationen und Krebserkrankungen führen. Gesundheitsschäden sind allerdings nicht immer mit dem bloßen Auge erkennbar. Sichtbar werden sie oft erst bei den Nachkommen – in manchen Fällen sogar erst bei Enkeln oder Urenkeln. Aufgrund dieser langen Zeiträume gibt es bis jetzt relative wenige wissenschaftliche Studien, die sich mit den Auswirkungen beschäftigen, die schwach radioaktiver Strahlung über einen langen Zeitraum auf den menschlichen Organismus hat.⁴³

4.4 Gesundheitsschäden

Doch auch wenn die medizinische Forschung in diesem Zusammenhang noch einen gewissen Rückstand aufweist, zeigen die Krankheitsbilder in den Siedlungen der Adivasi um Jadugoda ganz klar, dass die gesundheitlichen Folgen gravierend sind.⁴⁴

Es gibt auffällig viele Krebserkrankungen und erblich bedingte Missbildungen bei Neugeborenen wie z.B. Down-Syndrom und zusammengewachsene Finger oder Zehen. Vor allem Minenarbeiter leiden häufig an Tuberkulose und Lungenkrebs. Vielfach beklagt werden allgemeine Erschöpfungszustände, Appetitlosigkeit und Erkrankungen der Atemwege. Deutliche Zunahmen gibt es auch bei der Zahl der Fehl- und Totgeburten, beim Vorkommen von Impotenz und Kindersterblichkeit sowie bei Blutarmut (Thalassämie), Erkrankungen des Nervensystems wie Parkinson und bei Hautkrankheiten wie z.B. Krötenhaut. Besonders beunruhigend und – nach dem eben gesagten – gleichzeitig ein Indiz für einen Zusammenhang mit der Uranproduktion ist die Tatsache, dass viele der Erkrankungen überwiegend in den jüngeren Altersgruppen zu finden sind. Bestätigt wird dies auch durch die Beobachtungen von Dorfkrankenschwestern, die übereinstimmend von zahlreichen Fehl- und Totgeburten⁴⁵ sowie von Unfruchtbarkeit und allgegenwärtigen Menstruationsproblemen berichten.⁴⁶ Auch eine Delegation der National Commission for Women, die kürzlich eines der betroffenen Dörfer, Telaitannd, besuchte, sah sich

diesbezüglich mit einer Flut von Klagen der weiblichen Dorfbewohner konfrontiert.⁴⁷ Diese sind insofern besonders betroffen, als Kinderreichtum im ländlichen Indien nach wie vor von großer Bedeutung ist und unfruchtbare Frauen oft von ihren Männern verstoßen werden. Da schon der Verdacht der Unfruchtbarkeit für Frauen meist das Ende aller Hoffnungen auf eine halbwegs normale gesellschaftliche Existenz bedeutet, ist das Thema weitgehend tabuisiert. Deswegen ist auch davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl der Fälle von Fehl- und Totgeburten noch deutlich höher liegt als bislang angenommen. Auch in Tier- und Pflanzenwelt finden sich zunehmend Anzeichen für Strahlenschäden. Kälber werden ohne Schwänze geboren, Fische entwickeln bislang unbekannte Geschwüre und die Mutation von Früchten führt zu samenlosen Varianten.⁴⁸

4.5 Staatliche Verschleierung

Offizielle Stellen oder die UCIL lassen sich von derartigen Tatsachen jedoch nicht weiter beeindrucken. Stattdessen übt man sich in Abwiegelei und Ausflüchten. Kernenergie ist nach offizieller Lesart eine sichere und zukunfts-trächtige Form der Energiegewinnung und die hierfür – wie auch für das nukleare Rüstungsprogramm – notwendige Urangewinnung stellt keinerlei Gesundheitsrisiko dar. Wenn die seltenen eigenen Untersuchungen doch Auffälligkeiten ergeben, dann wird einfach jeglicher ursächliche Zusammenhang mit dem Uranbergbau bestritten. Stattdessen werden alle möglichen anderen Ursachen wie schlechte Ernährung, Alkoholismus, mangelnde Hygiene und genetische Veranlagung der Adivasi ins Feld geführt.

Dass derartige Behauptungen unhaltbar sind, haben unabhängige Studien überzeugend nachweisen können.⁴⁹ Zusätzlich abgesichert wird das Schweigen von offizieller Seite durch das indische Atomgesetz, das alle Daten, die in Zusammenhang mit dem indischen Atomprogramm stehen, unter strenge Geheimhaltung stellt.⁵⁰ Selbst der unbefugte Besitz eines Geigerzählers ist unter Strafe gestellt.⁵¹

Man muss sich bei all dem immer wieder vergegenwärtigen, dass die UCIL ein reines Staatsunternehmen ist und dass Jadugoda als einziges Uranabbaugebiet Indiens von zentraler Bedeutung für die Autonomie des indischen Atomprogramms ist. Selbst einfachste Sicherheitsmaßnahmen und eine Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Gefahren lassen sich mit dessen möglichst reibungslosen Voranschreiten aus offizieller Sicht aber offenbar nicht vereinbaren. Erst mit den Aufklärungskampagnen der 1991 gegründeten Jharkandi Organisation against Radiation (JOAR) wurde es für die Mehrheit der Adivasi möglich zu erfahren, dass ihre gesundheitlichen Leiden nicht von den Göttern gewollt, sondern von Menschen gemacht sind. Im Jahr 2004 wurde JOAR für seine Arbeit mit dem Nuclear-free Future Resistance Award ausgezeichnet. Die Organisation setzt sich für eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen und der medizinischen Versorgung, vor allem aber für eine angemessene Entschädigung der beim Ausbau des Urankomplexes von ihrem Land Vertriebenen ein. Jadugoda ähnelt in dieser Hinsicht vielen anderen Umsiedlungsfällen: Es wurde zunächst viel versprochen und hinterher – gleichgültig, ob es sich um Entschädigung in Geld und Land oder um zugesagte Arbeitsplätze handelte – sehr wenig eingehalten. Allzu oft haben die Adivasi selbst für geringe Entschädigungssummen lange kämpfen müssen. Auch der Wert der wenigen von UCIL für einige von ihnen zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze ist in Anbetracht der mit ihnen verbundenen Gesundheitsrisiken eher zweifelhafter Natur.

4.6 Opfer des Fortschritts

So sind die Adivasi wieder einmal – und in Jadugoda vielleicht noch mehr als anderswo – die Opfer eines blindwütigen Fortschrittsglaubens. Sie sind zuweilen unter Einsatz von Bulldozern mit brachialer Gewalt⁵² von ihrem Land vertrieben und – wenn überhaupt – in aller Regel nur unzureichend mit Land, Geld und Arbeitsplätzen

entschädigt worden. Verloren haben sie dafür ihre Gesundheit sowie vor allem ihre Sozialstrukturen und ihre Kultur. An die Stelle einer traditionellen Lebensweise auf Basis einer genügsamen Subsistenzlandwirtschaft und dessen, was der Wald ihnen zum Leben bot, ist für viele Adivasi die traurige Existenz eines ungelerten Hilfsarbeiters getreten. Auch der soziale Zusammenhalt, der sich aus der althergebrachten Aufgabenteilung innerhalb der Dorfgemeinschaften ergab, löst sich mit dem Einzug der Geldwirtschaft immer weiter auf. Vielleicht am gravierendsten ist aber der zunehmende Verlust ihrer Bindung zum Land, die ihrer gesamten Kultur zu Grunde liegt. Die Fläche der für sie heiligen Wälder schrumpft immer weiter und auch der Zugang zu einer Reihe von heiligen Stätten wird durch die ausgedehnten Absetzbecken zum Teil erheblich erschwert. Einige werden sogar in ihnen versinken – darunter auch der Ort, an dem die Adivasi der Umgebung ihre Gottheiten um Regen, eine gute Ernte und Schutz vor Naturkatastrophen bitten.⁵³ Welch immense Bedeutung das Verschwinden dieses Ortes für die Adivasi haben wird, lässt sich für einen Außenstehenden wohl kaum ermessen.

BILDUNG, GESUNDHEIT, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit sind wichtige Indikatoren für die Lebensqualität von Bevölkerungsschichten und ihre Chancen innerhalb einer Gesellschaft. Genau in diesen Bereichen lässt sich das Ausmaß erkennen, in dem die Adivasi nach wie vor benachteiligt werden.

Ihre Alphabetisierungsrate liegt nach Angaben des Zensus von 2001 mit 47,1% (Männer: 59,2%, Frauen 34,8%) deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 65,4%. (Männer: 76,0 Frauen 54,3%). Trotz einer Reihe von Förderprogrammen haben die Adivasi in den Jahren 1991-2001 kaum aufgeholt, weil diese nur von wenigen Bundesstaaten umgesetzt wurden.

Zumeist schlecht bestellt ist es auch um die gesundheitlichen Einrichtungen in den Gebieten der Adivasi. Es mangelt an vielem – vor allem aber an Personal. Hunderte von Planstellen können oft nicht besetzt werden. Ein weiteres Problem sind die weiten Wege, die häufig zurückgelegt werden müssen. Das führt u.a. dazu, dass 43,1% der schwangeren Adivasifrauen ohne ärztliche Betreuung bleiben. Etwa 80% der Schwangeren bringen ihre Kinder zu Hause zur Welt. Kritisch gesehen werden vor diesem Hintergrund Pläne, in ländlichen Gebieten statt einer Vielzahl an ärztlichen Erstversorgungseinrichtungen

mit ein oder zwei Ärzten eine deutliche geringere Zahl an kleinen Krankenhäusern mit 4-5 Ärzten einzurichten.

Die schlechte medizinische Versorgung erklärt zusammen mit der mangelhaften Ernährungslage auch die erhöhte Säuglings- und Kindersterblichkeit unter den Adivasi. Laut dem Annual Report 2005-2006 des Ministry of Tribal Affairs beträgt bei ihnen die Säuglingssterblichkeit (Kinder unter einem Jahr) 84,2 (pro 1000 Geburten) gegenüber landesweiten 70. Bei den unter fünfjährigen Kindern beträgt das Verhältnis 126,6 zu 94,9. Zudem sind 55,9% der Adivasikinder unterernährt. Im Landesdurchschnitt sind es 47,0%. Unter Erwachsenen sind Hunger und Unterernährung ebenfalls verbreitet. Daran hat auch das mit großen Hoffnungen verbundene Target Public Distribution System (TPDS), das die Ernährung der armen Bevölkerung sicher stellen sollte, bislang nicht viel geändert. Eine Evaluation ergab, dass es lediglich 57% seiner Zielgruppe erreicht, dass nur 42,0% des im Rahmen des Programms subventionierten Getreides bei den Bedürftigen ankommen und dass 36,0% des Budgets in dunklen Kanälen verschwinden. Weitere 21,0% gingen an Personen, die nicht zur Zielgruppe gehörten.

Quelle: siehe Anhang

4.7 Neue Minenprojekte

Es ist unwahrscheinlich, dass die Adivasi von Jadugoda die Einzigen bleiben werden, die als Folge des Uranbergbaus ein derartiges Schicksal erleiden. Seit 40 Jahren ist Jadugoda das einzige Uranabbaugebiet Indiens. Doch langsam aber sicher erschöpfen sich die dortigen Vorkommen, so dass die Erschließung neuer Abbaugebiete immer dringlicher wird. Dies gilt umso mehr, als Indien die Kernenergie auch als klimaschonende Form der Energieerzeugung entdeckt hat und nun ebenso umfangreiche, wie angesichts der miserablen Sicherheitsstandards⁵⁴ der indischen Atomindustrie, beunruhigende Ausbaupläne schmiedet.

Gegenwärtig verfügt Indien über 14 Reaktoren mit einer Leistung von 2.720 Megawatt. Acht weitere mit einer Leistung von zusammen 3.960 Megawatt befinden sich derzeit im Bau. Bis zum Jahr 2020 soll die Gesamtkapazität auf insgesamt 20.000 Megawatt erweitert werden. In Anbetracht solch ambitionierter Pläne hat die

UCIL bereits begonnen, intensiv nach neuen Standorten für Uranminen und die Uranverarbeitung zu suchen. Gegenwärtig in der Diskussion sind Turamdih, Bagjata und Banduhuran in Jharkhand, Lambapur und Peddagattu in Andhra Pradesh und Domiasiat in Meghalaya.⁵⁵ In jedem dieser Gebiete wären wiederum vor allem Adivasi betroffen. Besonderes Interesse hat das Gebiet um Domiasiat geweckt, wo die wohl ergiebigsten Uranvorkommen Indiens oberflächennah und leicht abbaubar lagern. Voraussichtlich 30.000 Adivasi müssten dort ihr Land verlassen.⁵⁶ Der Widerstand ist hier wie auch an den anderen Orten allerdings erheblich. Das abschreckende Beispiel Jadugodas hat sich herumgesprochen.⁵⁷ Ob sich die Eröffnung neuer Uranminen auf Dauer vermeiden lassen wird, ist allerdings fraglich. Selbst für den jetzt mit dem Hyde-Act eingetretenen Fall, dass ein indisch-amerikanische Nuklearabkommen den Import von Uran ermöglichen sollte, hatte die indische Regierung schon angekündigt, weiterhin eigene Uranminen betreiben zu wollen. Es sieht so aus, als stünde den Adivasi in den in Frage kommenden Gebieten ein langer und harter Kampf bevor.

5. Am Wasser gebaut: Staudämme – die Tempel des modernen Indiens?

Der Bau von Staudämmen hat in Indien eine lange Tradition, die bis in die Kolonialzeit zurückreicht. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1947 wurde der Bau gewaltiger Staudämme dann ein wichtiges Symbol für den technischen Fortschritt und die Modernisierung des Landes. Nicht von ungefähr bezeichnete Premierminister Nehru die Staudämme euphorisch als „Tempel des modernen Indiens“. Er konnte damals kaum ahnen, wie prägnant er damit vor allem eine wesentliche Eigenschaft dieser Großprojekte umrissen hatte. Denn oft scheinen diese Großdämme überwiegend Symbolwert zu besitzen. Ihr praktischer Nutzen bleibt dagegen regelmäßig ganz erheblich hinter den vor Baubeginn gemachten Prognosen zurück. Anders als bei wirklichen Tempeln stehen dem Symbolwert im Falle der Staudämme zumeist noch katastrophale Folgen für die Umwelt und die betroffenen Menschen gegenüber. Diese werden in den meisten Fällen ohne angemessene Entschädigung zwangsumgesiedelt oder von ihrem Land vertrieben. Bei einem außerordentlich hohen Anteil der Betroffenen handelt es sich um Adivasi, deren Kultur und Rechte dem wirtschaftlichen Fortschritt zum Opfer zu fallen drohen.

Zwei der größten und umstrittensten Projekte, die Hunderttausende betreffen, sind der Sardar-Sarovar-Damm an der Narmada und der Indira-Sagar-Damm bei Polavaram an der Godavari. Doch selbst diese Megaprojekte mit ihren gravierenden Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nehmen sich allerdings wie bloße Sandkastenspielerien aus, sollte das gigantische auf 200 Mrd. US\$ veranschlagte River-Linking-Project, das die Verbindung von 16 Flüssen Nord- mit 14 weiteren Süd- und Mittelindiens vorsieht, verwirklicht werden.

Weltweit existieren gegenwärtig mehr als 45.000 Großstaudämme, d.h. Staudämme mit einer Höhe von mehr als 15 m über dem Fundament. Etwa 4.300 befinden sich in Indien.⁵⁸ Davon wurde eine Reihe größerer Dämme, die der Bewässerung und Energiegewinnung dienen, bereits zu britischen Kolonialzeiten gebaut. In den auf die indische Unabhängigkeit folgenden Jahrzehnten wurde die landwirtschaftliche Produktion mit Hilfe groß angelegter Bewässerungssysteme erheblich gesteigert. Diese „grüne Revolution“ in der Landwirtschaft erforderte zahlreiche weitere Bauten. Nebenbei war der Dammbau für den jungen und unabhängigen Staat auch immer eine Frage des nationalen Prestiges. Im Ergebnis wurden alle größeren Flusssysteme des Landes mit hunderten großer Staudämme verbaut. So konnte die bewässerte Anbaufläche verfünffacht und die Flächenerträge erheblich gesteigert werden. Dürrekatastrophen mit Tausenden von Toten gehörten damit der Vergangenheit an. Mit der Zeit entwickelte sich Indien sogar zu einem Exporteur von Nahrungsmitteln.

Doch die Erfolge in punkto Ernährungssicherheit hatten ihren Preis. Bereits seit den 50er Jahren gab es daher zahlreiche kritische Stimmen zum Staudammbau. Diese wurden aber von Seiten der Regierung bis in die 70er

Jahre hinein unterdrückt und fanden kaum Gehör. Man war überzeugt davon, dass die Vorteile und Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung die Nachteile in Form von Umsiedlungen, Vertreibungen und ökologischen Schäden deutlich überwogen. Die Situation änderte sich erst ab Mitte der 80er Jahre, als die Weltbank einen Kredit in Höhe von 450 Mio. US\$ für den Bau des Sardar-Sarovar-Damms an der Narmada im Bundesstaat Gujarat bewilligte, während die indische Umweltbewegung dezidiert begann, das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Großstaudämmen in Frage zu stellen. Nach hart geführten Auseinandersetzungen zog sich die Weltbank schließlich zu Beginn der 90er Jahre aus diesem wie auch aus anderen Staudammprojekten zurück.⁵⁹ Der Begriff „Narmada“ steht seitdem stellvertretend für den Widerstand gegen eine an den Interessen von Großteilen der Bevölkerung vorbeigehenden Entwicklungspolitik.

5.1 Der Sardar-Sarovar-Damm: Geschönte Prognosen

Der Sardar-Sarovar-Damm ist mit Sicherheit das international bekannteste Staudammprojekt in Indien. Er verdankt dies in gleichem Maße seinen enormen Dimensionen wie auch dem jahrzehntelangen und heftigen Widerstand gegen seine Verwirklichung, der auch von außerhalb Indiens bekannten Persönlichkeiten wie der Schriftstellerin Arundathi Roy und der Trägerin des alternativen Nobelpreises, Medha Patkar unterstützt wurde. Pläne zur Aufstauung der Narmada gab es bereits während der britischen Kolonialzeit. Keiner dieser Pläne war allerdings auch nur ansatzweise so gigantisch wie das seit den 50er Jahren entstandene Entwicklungsprogramm, der Narmada Valley Development Plan. Dieser beinhaltet den Bau von 30 großen, 135 mittleren sowie 3.000 kleineren Dämmen, die den für die Hindus heiligen Fluss, der Nord- und Südindien geografisch voneinander trennt, in eine lange Reihe von Stauseen unterschiedlichster Größe verwandeln sollen.

Der Sardar-Sarovar-Damm, für dessen noch vergleichsweise bescheidenen Vorläufer Premierminister Nehru 1961 persönlich den Grundstein legte,⁶⁰ bildet das Herzstück des gesamten Projektes. Das ursprünglich auf 1,37 Mrd. US\$ veranschlagte und bei einer Höhe der Staumauer von 163 m (ab dem tief in die Erde eingelassenen Fundament) über 1.200 m lange Bauwerk würde den Fluss bei einem Maximalpegel von 138 m (über dem Meeresspiegel) zu einem See von 214 km Länge und bis zu 16 km Breite aufstauen. Der Mehrzweckdamm soll der Bewässerung, der Elektrizitätsgewinnung, der Trinkwasserversorgung und dem Hochwasserschutz dienen. Das Wasserkraftwerk ist bei dem angestrebten Stauziel von 138 m auf eine Leistung von 1.450 MW ausgelegt und könnte somit eine Strommenge produzieren, die dem gegenwärtigen Durchschnittsverbrauch von mehr als 10 Mio. Menschen entspräche oder 1 % des gesamten indischen Strombedarfs decken würde.⁶¹ Vom Damm selbst soll ein 86.000 km langes Kanalsystem ausgehen, das 1,8 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche in den zu großen Teilen sehr trockenen Bundesstaaten Gujarat, Rajasthan, Madhya Pradesh und Maharashtra bewässern und gleichzeitig Trinkwasser für ca. 20 Mio. Menschen bereitstellen soll.

Anfang 2007 wurde der Damm offiziell in Betrieb genommen, obwohl er seine geplante Endhöhe noch nicht erreicht hat. Zuvor hatte es aufgrund heftiger Proteste und gerichtlicher Auseinandersetzungen mit Aktivisten der Narmada Bachao Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada) allerdings Jahre gedauert, bis die Höhe der Staumauer von 110 m auf die gegenwärtige Höhe von 122 m (über dem Meeresspiegel) angehoben werden konnte⁶². Nach offiziellen Angaben hat allein dieser Bauabschnitt die Zahl der betroffenen Familien von 8.860 auf 24.421 erhöht. Mehr als 160.000 Menschen haben damit ihr Land bereits verlassen oder werden in naher Zukunft dazu gezwungen sein.⁶³ Andere Quellen – u.a. die UN – gehen von 35.000 betroffenen Familien aus.⁶⁴

5.2 Der Sardar-Sarovar-Damm: Negative Folgen

Doch so gut sich die Nutzen-Prognosen auf den ersten Blick ausnehmen, sie lassen soziale Kosten und Umweltschäden, die mit dem Projekt verbunden sind, weitgehend außer Betracht. Diese erreichen im Falle von Großprojekten wie an der Narmada regelmäßig katastrophale Ausmaße. Vielleicht aus diesem Grund besteht in solchen Fällen auf Seiten der Planer und Befürworter auch meist kaum eine Neigung, vor Baubeginn eine sorgfältige oder sogar unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen. Wenn die negativen Folgen dann unübersehbar eintreten, sind in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle bereits vollendete Tatsachen geschaffen worden. So werden beispielsweise im Mündungsgebiet der Narmada schon im jetzigen Ausbaustadium erste Folgen sichtbar. Da sich unterhalb des Damms die Wassermenge bereits halbiert hat, dringt vom Meer her nun Salzwasser in den Fluss ein. Dies hat zur Versalzung größerer Flächen fruchtbarer Ackerlandes geführt. Die Existenzgrundlage mehrerer tausend Bauern ist dadurch ernsthaft gefährdet. Auch bei den Fischbeständen des Flusses ist bereits ein dramatischer Rückgang festzustellen. Im fruchtbaren und dicht besiedelten Tal oberhalb des Staudamms besteht dagegen im Fall extremer Niederschläge nun akute Überflutungsgefahr. Tausende Anwohner haben ihre Siedlungen schon zeitweise verlassen müssen. Es kommt leicht zu Trinkwasser- und Nahrungsmangel. Infektionskrankheiten können sich leicht ausbreiten.⁶⁵

Noch umstrittener – weil unmittelbar mit Bau und Aufstauung verbunden – sind allerdings die sozialen Folgen des Sardar-Sarovar-Damms. Der Damm macht bei einer Endhöhe von 138 m (über dem Meeresspiegel) die Umsiedlung von mindestens 320.000 Menschen erforderlich. Betroffen wären darüber hinaus aber mindestens weitere 15 Mio. Menschen⁶⁶, die als Kleinbauern, Landarbeiter, Fischer oder Bootsleute unmittelbar vom bestehenden ökologischen System des Tales abhängig sind.

Besonders gravierend sind die Folgen für die Adivasi. Sie lebten bislang auf Grundlage kollektiver Landnutzungsrechte als Selbstversorger von Landwirtschaft und Waldprodukten und stellen etwa die Hälfte der auf dem Gebiet des zukünftigen Stausees siedelnden Menschen. Sie verlieren mit der Überflutung und Zerstörung des Waldes, der für sie als Heimat ihrer Ahnen spirituelle Bedeutung hat, nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern auch einen Teil ihrer kulturellen Identität. Hinzu kommt, dass die meisten Adivasi, da sie nicht über individuelle Landbesitztitel verfügen, keine wie auch immer geartete Entschädigung beanspruchen können. Mehrere Zehntausend haben das Narmada-Tal bereits verlassen, ohne dass ihnen ein Anspruch auf Land oder Geld zugesprochen worden wäre. Vielen von ihnen bleibt nur der Weg in die Slums der Großstädte, wo sie fast alle eine Existenz als ungelernete Leih- und Hilfsarbeiter erwartet.⁶⁷

5.3 Umsiedlung und Vertreibung

Doch auch wenn es zu Umsiedlungen kommt, ist den Adivasi wie auch den anderen Betroffenen damit oft nicht wirklich geholfen. Die wenigsten von ihnen sind – wie das ein Urteil des obersten Gerichtshofes ausdrücklich fordert und wie es die staatlichen Eingliederungsprogramme eigentlich auch vorsehen – vor Baubeginn mit annähernd gleichwertigen Landflächen entschädigt worden. In den meisten Fällen sind die Qualität des Bodens, die Versorgung mit Trinkwasser und Brennholz sowie Verkehrs- und Marktanbindung schlecht. Daher lässt sich beobachten, dass inzwischen viele derartig entschädigte und vormals oft vergleichsweise wohlhabende Kleinbauern ins Tal der Narmada zurückkehren, um dort illegal als landlose Gelegenheitsarbeiter zu leben.

Mittlerweile ist das Prinzip der Entschädigung in Land aufgegeben worden. Eine Regierungskommission war zu dem Ergebnis gekommen, dass die für die Umsiedlung vorgesehenen Gebiete bereits zu dicht besiedelt sind, als dass sie einen weiteren Zuzug erlauben würden. Stattdessen ist man dazu übergegangen, die Entschädigung der

Betroffenen in Geld vorzunehmen, was leider oft dazu führt, dass die Summen nicht in die Schaffung einer neuen Lebensgrundlage investiert, sondern einfach verkonsumiert werden. Abgesehen davon liegen die für den Verlust, von Land und Vieh ausgezahlten Beträge weit niedriger als die Marktpreise und Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung der Entschädigung sind ebenfalls an der Tagesordnung. Kein Anrecht auf Entschädigung wird den 30.000 Adivasi eingeräumt, deren Land für Umsiedlungsprojekte, den Bau der Bewässerungskanäle und die Einrichtung von Waldschutzgebieten genutzt wird. Diese jedem Gerechtigkeitsgefühl widersprechenden Zustände sind es, die zu einer breitgefächerten Protestbewegung und heftigem Widerstand gegen die Räumung des Landes für den Sardar-Sarovar-Damm geführt haben.⁶⁸

Und die Rücksichtslosigkeit im Umgang mit den Betroffenen, die sich beim Bau dieses Dammes zeigt, ist alles andere als ein Einzelfall. Sie wiederholt sich bei nahezu jedem größeren Staudammprojekt in Indien. Den Bewohnern des benötigten Landes wird keinerlei Mitspracherecht eingeräumt. Stattdessen vertreibt man sie mit Hilfe von Lügen und Drohungen von ihrem Land und speist sie anschließend mit einer unzureichenden Entschädigung in Geld oder unbrauchbarem Land ab. Dabei werden nicht selten Gesetze und Gerichtsurteile, die z.B. eine vollständige Klärung der Entschädigungsleistungen vor Baubeginn fordern, systematisch missachtet. Beispiele finden sich viele. So bedrohen weiter flussaufwärts an der Narmada der – momentan mit einem Baustopp belegte – Maheshwar- und der Narmada-Sagar-Damm den Lebensraum von weiteren 100.000⁶⁹ bzw. 200.000⁷⁰ Menschen – unter ihnen wiederum ein hoher Anteil Adivasi. An der Godavari im Bundesstaat Andhra Pradesh befindet sich mit dem Indira-Sagar-Damm bei Polavaram ein weiterer Schwerpunkt des Widerstandes. Der noch im Bau befindliche Damm würde zur Zwangsumsiedlung von 200.000 Menschen – unter ihnen selbst nach offiziellen Angaben 81.000 Adivasi – führen. Neben diesen bekannteren Großprojekten gibt es noch zahllose kleine und mittelgroße Staudammprojekte wie z.B. das aus fünf Dämmen bestehende Subarnarekha-Projekt in Jharkand, das immer noch die Umsiedlung von 25.000-30.000 Adivasi⁷¹ zur Folge hätte.

5.4 Kritik an Großstaudämmen

Es soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, dass der Bau von Staudämmen im Einzelfall entwicklungspolitisch sinnvoll sein kann. Unbedingte Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Dämme im Hinblick auf ihre Folgen für Mensch und Umwelt sorgfältig geplant und die Betroffenen sinnvoll und ausreichend entschädigt werden. Im Falle Indiens – wie auch vieler anderer Entwicklungsländer – kann von beidem allerdings kaum die Rede sein. Informationspflichten werden verletzt, Beteiligungsrechte der Betroffenen ignoriert und Umweltverträglichkeitsprüfungen geraten, so sie denn überhaupt vorgenommen werden, bestenfalls zu einer am gewünschten Ergebnis ausgerichteten Pflichtübung. Auch angemessene Entschädigungsleistungen, für die die Betroffenen oftmals jahre- oder jahrzehntelang vor Gericht kämpfen müssen, stellen eher die Ausnahme als die Regel dar.

Doch selbst wenn man davon ausgehen könnte, dass die zuständigen Stellen hinsichtlich der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sowie bezüglich der Entschädigungs- und Ausgleichsmaßnahmen Sorgfalt walten lassen würden, gäbe es immer noch genug Gründe, den Großstaudämmen mit Misstrauen zu begegnen. Denn wie bei fast jedem größeren Infrastrukturprojekt ist es bei ihrer Planung üblich, ihren Nutzen zu hoch und die Baukosten zu niedrig anzusetzen. Dies hat auch eine umfassende Untersuchung von 133 Großdämmen auf fünf Kontinenten⁷² durch die World Commission on Dams (WCD)⁷³ im Jahr 2000 bestätigt. Demnach liefern mehr als die Hälfte der untersuchten Dämme weniger Elektrizität als vorgesehen. Sogar 70 % leisten weniger als ihren ursprünglich geplanten Beitrag zur Wasserversorgung. Im Rahmen von Bewässerungsprojekten blieben noch einmal knapp die Hälfte der untersuchten Dämme hinter den Erwartungen zurück. Besonders schlecht schnitten nach Angaben der Kommission die Dämme ab, die – wie der Sardar-Sarovar-Damm an der Narmada und der Indira-Sagar-Damm an der Godavari – gleichzeitig mehrere der genannten Zwecke erfüllen sollten. Im Gegensatz zum

Nutzen der Dämme fielen ihre Baukosten – wie bei vielen anderen Großprojekten auch – deutlich höher aus als ursprünglich geplant. Im weltweiten Durchschnitt wurden sie um 56 % überschritten.⁷⁴

5.5 Fragwürdiges Kosten-Nutzen-Verhältnis

Der Sardar-Sarovar-Damm ist nicht nur der wohl bekannteste Staudamm Indiens, sondern auch ein Musterbeispiel für das fragwürdige Kosten/Nutzen-Verhältnis, das die WCD konstatiert. Bei Baubeginn im Jahr 1987 ging man noch davon aus, dass der Damm 1,37 Mrd. US\$ kosten und die Umsiedlung von 6.000 Familien erfordern würde. Bei Inbetriebnahme des Damms gab man dann Anfang 2007 von offizieller Seite zu, dass sich die Baukosten bereits auf 7,7 Mrd. US\$ (also um 462 %) erhöht hatten und über 50.000 Familien betroffen waren.⁷⁵ Das ohnehin schon groteske Ausmaß dieser Fehleinschätzungen steigert sich noch weiter, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der Sardar-Sarovar-Damm immer noch erheblich von seiner in den Planungen vorgesehenen Endhöhe entfernt ist.

Doch während sich mit der Zeit die menschlichen und sozialen Kosten sowie der Schaden für die Umwelt immer weiter erhöhen, schrumpft parallel dazu der erwartete Nutzen immer weiter zusammen. Am gravierendsten ist in diesem Zusammenhang, dass bei den Planungen die jährliche Wassermenge des Flusses deutlich zu hoch angesetzt wurde. Mit der tatsächlich verfügbaren Wassermenge reduziert sich automatisch auch die Leistung des Kraftwerks von geplanten 1.450 MW auf etwa 425 MW. Sollte dann auch noch Wasser für die ambitionierten Bewässerungsprojekte abgezweigt werden, sinkt die Leistung weiter, auf voraussichtlich gerade einmal 50 MW.⁷⁶ Das ist deutlich weniger Energie als die mit dem Damm verbundenen Wasserversorgungs- und Bewässerungsprojekte verbrauchen würden.

Ob es zu diesen Projekten überhaupt kommen wird, ist allerdings mehr als fraglich. Vorgesehen ist die Versorgung von 20 Mio. Menschen mit Trinkwasser und die Bewässerung von 1,8 Mio. ha Fläche, vor allem in den armutsgeplagten Trockengebieten Gujarats und Rajasthans. Diese Ziele, die im Übrigen ein außerordentlich effizientes Bewässerungssystem voraussetzen, werden schon aufgrund der geringeren zur Verfügung stehenden Wassermenge nicht zu erreichen sein. Zudem wird sich die Wassermenge mit der Zeit noch weiter reduzieren, da der Stausee nach neuen Erkenntnissen voraussichtlich deutlich schneller als ursprünglich angenommen verlanden wird. Aber auch abgesehen davon scheint es fraglich, ob weit entfernte Gebiete wie Gujarat und Rajasthan überhaupt in nennenswertem Umfang von dem Projekt profitieren können. Wahrscheinlicher ist, dass das Wasser in den industrialisierten und vergleichsweise wohlhabenden Gegenden Rajasthans verwendet werden wird. Hier soll allerdings nicht die Nahrungsmittelproduktion ausgebaut werden, sondern der bewässerungsintensive Anbau von Exportkulturen wie Baumwolle und Zuckerrohr.⁷⁷

Damit ist der Sardar-Sarovar-Damm ein gleich in mehrfacher Hinsicht verfehltes Projekt. Zum einen stehen die ökologischen, sozialen und finanziellen Kosten in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Nutzen des Projektes – ein Ergebnis, zu dem in seltener Eindeutigkeit auch eine von der Weltbank eingesetzte Kommission bereits im Jahr 1992 gekommen war. Zum anderen kommt der – gemessen an den ursprünglichen Versprechungen – bescheidene Nutzen des Projekts nicht den wirklich Bedürftigen, sondern den bereits vergleichsweise wohlhabenden Schichten und Regionen zu Gute und vertieft so die bereits gewaltige Kluft zwischen Arm und Reich noch weiter. Besonders betroffen sind dabei aufgrund ihrer spirituellen Verbundenheit mit dem Land die Adivasi. Sie verlieren mit dem Land nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern auch ihre kulturelle Identität.

5.6 Indira-Sagar-Damm, Polavaram

Ein weiterer Brennpunkt der Proteste in Indien ist das im Vergleich zum Sardar-Sarovar-Damm noch junge Projekt des Indira-Sagar-Damms im Bundesstaat Andhra Pradesh. Der gigantische, bereits im Bau befindliche Staudamm von 2.310 m Länge und 47 m Höhe⁷⁸ soll die Godavari, einen der größten Ströme Indiens, in ihrem Unterlauf in einen Stausee von über 150 km Länge⁷⁹ verwandeln. Dieser soll mittels eines 174 km langen und 80 m breiten Kanals, der auch für Frachtschiffe passierbar sein wird, mit dem Kanalsystem des Krishna verbunden werden. Ein weiterer 208 km langer Kanal soll vor allem der Bewässerung und Trinkwasserversorgung dienen. Darüber hinaus verspricht man sich von dem Projekt die Gewinnung von 29.100 ha Ackerfläche, die zuverlässige Versorgung der bereits vorhandenen Landwirtschaft mit Wasser, die Trinkwasserversorgung von 285.000 Menschen, die Wasserversorgung für Industrie und Großstädte sowie eine Stromerzeugung in Höhe von 960 MW.

Pläne für ein derartiges Projekt existieren bereits seit geraumer Zeit. Mit Nachdruck vorangetrieben wird es jedoch erst – wie eine Reihe anderer Wasserversorgungsprojekte auch – seitdem die Kongress-Partei im Mai 2004 in Andhra Pradesh die Regierungsverantwortung übernommen hat. Die Gesamtkosten des auf eine Bauzeit von zwölf Jahren veranschlagten Projekts wurden anfänglich auf 2,13 Mrd. US\$ geschätzt. Inzwischen wird jedoch mit deutlich höheren Kosten gerechnet. Selbst der Ministerpräsident von Andhra Pradesh, Rajasekhara Reddy, geht inzwischen davon aus, dass für den zu seinen Lieblingsprojekten zählenden Damm Kosten in Höhe von 4,59 Mrd. US\$ anfallen werden. Wie diese Summe genau aufgebracht werden soll, ist bislang unklar. Zudem sind wegen der langen Bauzeit weitere Kostensteigerungen zu erwarten, so dass das Projekt durchaus noch an seiner Finanzierung scheitern könnte.⁸⁰

Nach offiziellen Angaben wird der entstehende Stausee 63.691 ha Land überfluten und die Umsiedlung von 177.275 Menschen aus 277 Dörfern erfordern. Diese Zahlen werden jedoch aller Erfahrung nach mit der Zeit nach oben korrigiert werden müssen. Unabhängige Schätzungen gehen daher von mehr als 200.000 Betroffenen aus. Diese Zahl umfasst allerdings wiederum nur die Menschen, die noch auf dem Gebiet des Stausees leben. Diejenigen die außerhalb leben, deren Lebensunterhalt aber ebenfalls unmittelbar mit dem im Stausee versinkenden Land und Ökosystem zusammenhängt, sind in diesen Angaben nicht enthalten. Gut die Hälfte der direkt Betroffenen wären Adivasi, deren Lebensgrundlage gleich mehrfach von der Überflutung bedroht ist. Zum einen verlören sie mit der Überflutung von 3.705 ha Wald einen Teil ihres angestammten Lebensraumes. Zusätzlich würden 30.650 ha landwirtschaftliche Fläche verschwinden. Diese sind überwiegend nicht im Besitz von Adivasi, sondern befinden sich in den Händen von Großgrundbesitzern, die sich das Land meist widerrechtlich von ihnen angeeignet haben. Dennoch trifft der Verlust die Adivasi schwer, da mit ihnen die Flächen verloren gehen, auf denen sie Arbeit finden und auf denen ihre Hütten stehen. Selbst das Verschwinden von 12.688 ha an Flächen, die offiziell als „nicht-kultivierbar“ bezeichnet werden, stellt die Adivasi vor erhebliche Probleme, da sie das Land für den Anbau von Trockenfrüchten nutzen und ihr Vieh dort weiden lassen.

5.7 Belogen und betrogen

Der Bau des Indira-Sagar-Damms wird von der Regierung mit Hochdruck vorangetrieben. Verfahrensvorschriften und gesetzliche Regelungen werden dabei eher als lästige Pflichtübungen betrachtet. So müsste der Staat, wenn er das besonders geschützte Land der Adivasi in Anspruch nehmen will, die Zustimmung der örtlichen Behörden und der Gremien der Selbstverwaltung (Panchayats) der Adivasi einholen (Provisions of the Panchayats (Extension to the Scheduled Areas) Act 1996 (kurz PESA-Act)) in Verbindung mit der 5th Schedule und Abschnitt IX der indischen Verfassung). Daneben bestehen noch umfangreiche Informationspflichten. Keiner dieser Vorschriften

ist der Staat allerdings vor Baubeginn nachgekommen. Die meisten Informationen erhielten die Betroffenen bis zum Sommer 2005 aus den Zeitungen.⁸¹ Da zudem wichtige Gutachten fehlten, wurden die Bauarbeiten kurz nach ihrer Aufnahme per Gerichtsbeschluss gestoppt. Auch Nachbesserungen, die zu einer Aufhebung des Baustopps im Oktober 2005 führten, erwiesen sich als unzureichend, so dass die Arbeiten im April 2006 auf gerichtliche Anordnung hin erneut eingestellt werden mussten.⁸²

Bei der Vertreibung der Adivasi von ihrem Land arbeitet der Staat mit allen nur denkbaren Mitteln. Man scheut nicht davor zurück, mit Stromabschaltungen und Streichung von Hilfsgeldern, welche die Folgen der Monsun-schäden lindern, zu drohen. Parallel dazu werden die paradiesischen Zustände in den Dörfern gepriesen, die für die Umsiedler errichtet werden sollen. Unerwähnt bleibt, dass diese Dörfer in der Realität meist ganz anders aussehen und für die typischen Dorfgemeinschaften der Adivasi oft ungeeignet sind. Auch wird versucht, durch Entschädigungsangebote im Stile eines „take-it-or-leave-it“ Druck auszuüben. Wollen die Betroffenen Land in der Nähe erwerben, gebietet diese Art des Angebots einen frühen Verkauf geradezu. Denn während die Höhe der Entschädigungszahlungen bei Enteignung staatlich festgelegt wird, steigen mit dem Dammbau im Umland die Grundstückspreise oft explosionsartig an. Je länger die Betroffenen abwarten, desto weniger Land können sie also voraussichtlich mit der Entschädigungssumme erwerben.

Daneben sehen sich die Adivasi einem regelrechten Psychoterror ausgesetzt. Wo es nur geht, wird ihre Unwissenheit ausgenutzt, um mit gezielten Falschinformationen ihre Ängste und Unsicherheit zu verstärken. Beispielsweise wurden Gerüchte über die Existenz einer neuen Bautechnik in die Welt gesetzt, mit deren Hilfe der Damm in einem halben Jahr fertig gestellt werden könne. Natürlich existiert eine derartige Technik nicht. Trotzdem wurde die Lüge vielerorts geglaubt. Fast alles scheint möglich angesichts des gewaltigen technischen Fortschritts der letzten Jahre und Jahrzehnte. Weiter geschürt werden die Ängste der Bevölkerung durch den Ministerpräsidenten und viele örtliche Regierungsvertreter, die bei jeder Gelegenheit verkünden, dass die Bauarbeiten bald wieder aufgenommen würden. Dabei stehen nach Ansicht vieler vor Ort engagierter Nichtregierungsorganisationen die Chancen, das Projekt noch zu stoppen, gar nicht einmal schlecht.

Auch wenn Psychoterror und Desinformationskampagnen nicht folgenlos an der Bevölkerung vorübergegangen sind, ist der Widerstand nach wie vor breitgefächert und aktiv. Er reicht von kirchlichen Institutionen, über Kulturverbände, deren Sorge den durch den Staudamm bedrohten Tempelanlagen gilt, bis hin zur parlamentarischen Opposition in Form der kommunistischen Partei. Auch stehen noch wichtige Gutachten aus und eine Niederlage der regierenden Kongress-Partei bei den anstehenden Wahlen 2008 würde mit ziemlicher Sicherheit das Ende des Projekts bedeuten. Vor allem aber haben die Gerichte vergleichsweise hohe Hürden für einen Fortgang des Projekts errichtet. Sie fordern, dass vor Wiederaufnahme der Bauarbeiten die Zustimmung der Bevölkerung vorliegt bzw. die Entschädigung der Betroffenen geregelt sein muss. Da bislang aber noch nicht einmal eine aktuelle Aufstellung der Bewohner des Gebiets existiert, wird bis dahin noch einige Zeit ins Land gehen. Von entscheidender Bedeutung wird es für die Widerstandsbewegungen daher sein, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern, um den staatlichen Desinformationskampagnen entgegenzuwirken und ihr die Chancen des Widerstandes zu verdeutlichen.

5.8 Gigantomanie pur: River-Linking

Der Indira-Sagar-Damm bei Polavaram ist auch in einem übergeordneten Sinne von Bedeutung. Die mit seiner Hilfe geplante Verbindung von der Godavari zum Kanalsystem des Krishna ist eine Komponente des viel kritisierten River-Linking-Project (RLP). Dieses zielt darauf ab, die ungleich über das Land verteilte Regenmenge mit Hilfe eines gigantischen Kanalsystems gleichmäßiger zu verteilen. Das auf 200 Mrd. US\$ bezifferte Projekt sieht den

Bau von Kanalsystemen mit über 12.000 km Länge vor, die 16 nordindische mit 14 süd- und mittelindischen Flüssen zu einem nationalen Wassernetz verbinden sollen. Quasi als Nebenprodukt sollen dabei 35.000 Megawatt Elektrizität produziert werden. Die ökologischen Folgen dieses Projekts sind in vielerlei Hinsicht unabsehbar. Das RLP wird unausweichlich Umsiedlungsmaßnahmen und Vertreibungen in einer bisher ungekannten Dimension mit sich bringen. Doch weder die von Umweltschützern und Menschenrechtlern heftig kritisierten Folgen des Projekts für Mensch und Natur noch die während der Bauzeit zu erwartende Kostenexplosion scheinen ein Hinderungsgrund zu sein. Einige Teilprojekte sind bereits fertig gestellt, andere befinden sich im Bau. Die ökonomisch-technokratische Elite des demokratischen Indien hat sich das kommunistische China mit seinen dem staatlichen Prestige dienenden Megaprojekten zum Maßstab erkoren. Dementsprechend berauscht man sich an den in solchen Fällen üblichen Prognosen, die den Nutzen des Projekts maßlos übertreiben und die negativen Folgen ausblenden.

Für die Adivasi wie für alle anderen Betroffenen bleibt daher nur zu hoffen, dass – im Gegensatz zu China – das Vorhandensein eines demokratischen Prozesses in Indien Möglichkeiten bietet, den Bau dieser oft selbst aus ökonomischer Sicht sinnlosen „Tempel des modernen Indien“ zu verhindern.

6. Eine fast unendliche Geschichte: Der Konflikt um die Landrechte der Adivasi

Gemäß Art. 46 der indischen Verfassung soll der Staat die Adivasi vor sozialen Ungerechtigkeiten und jeglicher Form der Ausbeutung schützen. Gleichzeitig soll er mit besonderer Sorgfalt ihre wirtschaftlichen Interessen fördern. Für die Adivasi, die – wie alle indigenen Völker – eine quasi-symbiotische Beziehung zu ihrem Land pflegen, ist in diesem Zusammenhang die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte von entscheidender Bedeutung. In der Praxis werden diese Rechte, die nur selten beurkundet sind, jedoch sowohl von privater als auch von staatlicher Seite seit der Staatsgründung vor 60 Jahren in erschreckender Weise missachtet: Anhörungs- und Beteiligungsrechte der Betroffenen bei Projekten auf ihrem Territorium werden ignoriert. Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen sind an der Tagesordnung. Entschädigungen und Ausgleichsmaßnahmen stehen – wenn sie überhaupt vorgenommen werden – oft in keinem angemessenen Verhältnis zu dem erlittenen Verlust.

Die Folge sind Konflikte, die in der jüngsten Vergangenheit vor allem aus zwei Gründen an Schärfe zugenommen haben. Zum einen haben die schlechten Erfahrungen, die die Adivasi machen mussten, zu einem kaum noch überwindbaren Misstrauen gegenüber Staat und Wirtschaft geführt. Zum anderen wächst bei der boomenden indischen Wirtschaft der Bedarf an Land und Ressourcen. Ihr Hauptinteresse richtet sich daher auf eine Erschließung der rohstoffreichen Gebiete der Adivasi z.B. in Orissa und Jharkand.

Ein ebenso gutes wie erschreckendes Beispiel dafür, wie dramatisch die daraus entstehenden Konflikte eskalieren können, sind die Proteste gegen ein Stahlwerk des Tata-Konzerns in Kalinganagar im Bundesstaat Orissa. Auch aufgrund derartiger Vorkommnisse hat die Politik in letzter Zeit begonnen, sich verstärkt mit der Situation der Adivasi auseinander zu setzen.

Am Morgen des 2. Januar 2006 versammelten sich 300-400 Adivasi in der Nähe des Dorfes Champakoila, um gegen den Bau eines Stahlwerks des Tata-Konzerns zu protestieren. Unter ihnen befanden sich Frauen und Kinder. Einige von ihnen hatten Pfeil und Bogen sowie andere traditionelle Waffen, die üblicher Weise von Stammesangehörigen getragen werden, bei sich. Die Bauarbeiten wurden – in einer Demonstration der Stärke – geschützt

von einem massiven und martialisch ausgerüsteten Polizeiaufgebot von 300 Mann. Als die Demonstranten versuchten, die Absperungen zu überwinden und ein Baufahrzeug an seiner Arbeit zu hindern, kam es zum Handgemenge. Daraufhin setzte die Polizei unverzüglich und ohne sichtbares Bemühen um Deeskalation Tränengas und Gummigeschosse ein. Ein Teil der eingesetzten Kräfte begnügte sich allerdings nicht damit, die Demonstranten in die Flucht geschlagen zu haben, sondern verfolgte die Flüchtenden. Als mehrere Verfolger in dem unebenen Gelände zu Fall kamen, fühlten sich einige der Adivasi jedoch ermutigt umzukehren. Zum Schutz ihrer Kollegen begannen einige Polizeieinheiten scharf zu schießen. Sie gaben allerdings keine Warnschüsse ab, sondern feuerten in die in Panik geratenden Adivasi. Im Verlauf der tumultartigen Szenen fiel einer der Polizisten in die Hände der fliehenden Menge und wurde getötet. Es folgte ein beispielloser Amoklauf der Polizei, die angesichts des Todes ihres Kollegen begann, wahllos in die Menge zu schießen. Am Ende des Blutbades zählte man einen toten und 4 verletzte Polizisten sowie 12 tote und 37 verletzte Adivasi.⁸³

Mit dieser furchtbaren Bilanz stellen die Ereignisse von Kalinganagar – auch wenn einzelne Tote und Verletzte im Rahmen derartiger Auseinandersetzungen beileibe nicht ungewöhnlich sind – einen Ausnahmefall dar. Alles andere als ungewöhnlich ist jedoch die Vorgeschichte des Projekts, die erst die explosive Atmosphäre geschaffen hatte, in der eine solche Eskalation überhaupt stattfinden konnte.

6.1 Enteignung

Die Planung des Industriekomplexes in Kalinganagar begann in den frühen 1990er Jahren als direkte Folge der Liberalisierung der indischen Wirtschaft. Damals erwarb die staatliche Industrial Infrastructure Development Corporation of Orissa (IDCO) 13.000 Acre (ca 5.000 ha) Land mit Hilfe des Land Acquisition Act of 1894. Dieser ermöglicht die Landenteignung im Interesse des Allgemeinwohls. Regelmäßig werden jedoch mit seiner Hilfe auch die Zwecke privater Investoren gefördert. Der von staatlicher Seite gebotene Preis ist nicht verhandelbar. Er kann lediglich vor Gericht angefochten werden. Die Entscheidung des Gerichts ist dann endgültig und nicht weiter angreifbar.

LANDEENTEIGNUNG UND VERTREIBUNG

Detaillierte Angaben hinsichtlich Landenteignung und Vertreibung liegen in Form einer Studie von Walter Fernandez nur für die Jahre 1951-1990 vor. In dieser Zeit sind insgesamt 21,3 Mio. Menschen zwangsumgesiedelt worden, von denen gerade einmal 25% eine - wie auch immer geartete - Entschädigung erhielten.

Landenteignung und Vertreibung 1951-1990

Projekt	Gesamtzahl der Zwangsumgesiedelten	Entschädigte	Nicht Entschädigte
Bergbau	2.550.000	630.000	1.920.000
Staudämme	16.400.000	4.100.000	12.300.000
Industrie	1.250.000	375.000	875.000
Naturschutz	600.000	125.000	475.000
Andere	500.000	150.000	350.000
Gesamt	21.300.000	5.380.000	15.920.000

Quelle: Fernandez, Walter et al.: A Critique of the Draft National Policy. In : Lokayan Bulletin, March-April 1995, S. 29-40.

Bei etwa 9 Mio. der Betroffenen zwischen 1951 und 1990 handelte es sich um Adivasi. Damit stellen sie bei einem Bevölkerungsanteil von 8,2% in diesem Zeitraum 40% der Vertriebenen. Ähnlich genaue Angaben für die Zeit nach 1990 existieren nur für einzelne Bundesstaaten. Für Indien insgesamt wurde die Zahl der Vertriebenen und Zwangsumgesiedelten im Jahr 2000 auf 30 Mio. geschätzt. Sie dürfte sich seitdem noch weiter erhöht haben. Der Asian Centre for Human Rights geht in seinem Bericht für 2006 davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt 55,1% der im Rahmen von Entwicklungsprojekten vertriebenen Menschen Adivasi waren.

Es kann kaum überraschen, dass die vom Staat festgelegten Entschädigungssummen eher niedrig ausfallen. So auch in Kalinganagar, wo der Staat 15.000 – 30.000 (ca. 370 -740 US\$ nach heutigem Wert) Anfang der 1990er Jahre und 76.000 Rupien⁸⁴ (ca. 1.900 US\$) im Jahr 2004 pro Acre Land (ca. 0,4 ha) bezahlte. Dass diese Preise alles andere als fair waren, kann man leicht an dem Preis ersehen, für den die IDCO einen Teil des Landes, das doch im Interesse des Allgemeinwohls enteignet worden war, an den privaten Tata-Konzern weiterveräußerte. Dieser belief sich auf 335.000 Rupien (8.300 US\$) pro Acre Land und stellte für den Konzern bei einem geschätzten Marktpreis von 700.000 Rupien pro Acre Land immer noch ein außerordentlich gutes Geschäft dar.

Die Betroffenen, die auf diese Weise übervorteilt wurden, konnten sich in gewisser Weise sogar noch privilegiert fühlen. Denn die meisten und mit ihnen die Mehrheit der Adivasi, die ihre Ansprüche auf das von ihnen bewirtschaftete Land nicht mit Hilfe von Besitzurkunden untermauern konnte, erhielt gar nichts. Sie waren zuvor jahrzehntelang durch verschiedene Regierungen Orissas mit dem Versprechen hingehalten worden, ihren Besitz im Zuge angestrebter Landreformen zu legalisieren. Diese Reformen wurden allerdings nie vorgenommen. Dazu passt, dass Orissa – trotz einer langen und dramatischen Geschichte an Vertreibungen aufgrund von Industrie- und Infrastrukturprojekten – bis heute keine gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Umsiedlung und Entschädigung der Betroffenen erlassen hat. Derartige Maßnahmen werden daher mit Hilfe von Richtlinien geregelt, die sich von Fall zu Fall unterscheiden. Doch selbst diese Vorgaben werden eher selten eingehalten.

6.2 Leere Versprechen

Auch die Adivasi von Kalinganagar erhielten nicht das, was man ihnen in Aussicht gestellt hatte. Die im Rahmen ihrer Umsiedlung versprochenen Ausgleichs- und Entschädigungsmaßnahmen wurden in der Mehrzahl der Fälle nicht erbracht. Im Jahr 1997 verloren z.B. insgesamt 814 Familien in der Umgebung von Kalinganagar ihr Land⁸⁵. 639 davon im Zuge von Bauvorhaben des Stahlunternehmens NINL, das wie der Tata-Konzern den Bau eines Werkes in Kalinganagar betreibt. In 452 Familien erhielt jedoch kein einziges Familienmitglied einen der zugesagten Arbeitsplätze. Auch die ersatzweise versprochene Entschädigungszahlung war bis 2006 nicht erfolgt und wird aller Voraussicht nach auch nicht mehr erfolgen. Die meisten Familien haben inzwischen die Hoffnung aufgegeben und das Gebiet verlassen. Es ist unwahrscheinlich, dass ihr gegenwärtiger Aufenthaltsort den zuständigen Stellen bekannt ist. Allerdings wären die vorgesehenen Summen wegen der im Umfeld des Projekts stark gestiegenen Landpreise ohnehin zu gering gewesen, um in der Nähe eine Landfläche zu erwerben, die der enteigneten der Größe nach auch nur annähernd vergleichbar gewesen wäre. Diese Entwertung der Entschädigungsleistungen durch steigende Landpreise ist ein fast zwangsläufiger Effekt, der bei der Höhe der Entschädigung so gut wie nie Berücksichtigung findet.

Dass die Familien in Kalinganagar die Umgebung verlassen, mag angesichts der ursprünglich gemachten Zusagen zunächst überraschen. Die Betroffenen sollten in zwei Modelldörfern mit allen Annehmlichkeiten und voll entwickelter Infrastruktur umgesiedelt werden. Die Realität sieht jedoch anders aus. In einem der Dörfer, Gobarghati, gibt es z.B. keine asphaltierten Straßen, eine nur unvollständig funktionierende Wasserversorgung, der Anschluss ans Elektrizitätsnetz fehlt und die Wohnverhältnisse sind äußerst bescheiden. Die nächste Möglichkeit zur medizinischen Versorgung ist 20 km entfernt und nur in 25 der 120 in Ghobargati lebenden Familien hat mindestens ein Familienmitglied einen Arbeitsplatz in dem Stahlwerk erhalten, das auf ihrem ehemaligen Land steht. Die meisten anderen Dorfbewohner arbeiten für oft weniger als 1 am Tag in Steinbrüchen, die 14-15 km Fußmarsch entfernt liegen. Andere Arbeitsmöglichkeiten gibt es in der Umgebung nicht. Dementsprechend trübe sind auch die Aussichten für die mehr als 4.000 Familien, die nach Schätzungen in den nächsten Jahren im Gebiet von Kalinganagar weiteren Industrieprojekten weichen müssen.

6.3 Anfängliche Hoffnung

Vor diesem Hintergrund wirkt es im Rückblick erstaunlich, dass die Betroffenen das Projekt in Kalinganagar anfänglich ohne große Klagen hinnahmen, ja sogar willkommen hießen.⁸⁶ Allerdings glaubten sie 1994 auch noch daran, dass die Industrieansiedlung ihnen Arbeitsplätze und einen höheren Lebensstandard bescheren würde. Diese wie auch andere Hoffnungen sollten allerdings schwer enttäuscht werden.⁸⁷ Zunächst einmal aber ließen sich die Investoren drei Jahre Zeit. 1997 erwarben dann die Stahlunternehmen Mesco, Jindal und NINL Landflächen. Zu ersten Konflikten kam es, als Dorfbewohner sich nicht mit Versprechungen abspeisen lassen wollten und ihre Bereitschaft zur Umsiedlung von der Einrichtung der versprochenen Arbeitsplätze abhängig machten. Wenig später wurde ihr Dorf spätabends von Polizeikräften und unter Einsatz von Bulldozern zwangsgeräumt.⁸⁸

Von diesem Zeitpunkt an war das Vertrauen der Adivasi von Kalinganagar in Zusagen von staatlicher und wirtschaftlicher Seite erheblich erschüttert. Dies fiel jedoch zunächst einmal kaum ins Gewicht. Der Stahlmarkt schlitterte wenig später in eine Rezession, so dass weitere Investitionen erst einmal ausblieben. Mit dem nächsten Boom der Branche erwachte jedoch auch schlagartig das Interesse der Investoren wieder. Um ihnen besser widerstehen zu können, gründeten die vom Industriekomplex Betroffenen im Jahr 2004 die Visthapan Virodhi Jana Mancha (VVJM). Sie formulierte Forderungen und organisierte den Widerstand in Form von Demonstrationen und Blockaden. Darüber hinaus verweigerten sie jegliche Kooperation mit Investoren oder staatlichen Stellen, solange nicht die Besitzverhältnisse bezüglich des Landes der Betroffenen rechtlich abgesichert seien.

6.4 Spannungen nehmen zu

Zum Ausbruch kam die im Laufe der Zeit aufgestaute Verärgerung der Adivasi schließlich am 9. Mai 2005 bei der Einweihung eines Bauplatzes der Maharashtra Seamless Steel Ltd. Der Versuch, die Veranstaltung mit friedlichen Mitteln zu stören, führte über ein Handgemenge mit Offiziellen der Distriktsverwaltung zu tumultartigen Szenen, in deren Verlauf diese zusammengeschlagen und ihr Auto mit Steinen beworfen wurde. Die relativ schwachen Polizeikräfte wurden von der Heftigkeit des Protests überrascht und zogen sich zunächst zurück. Später kehrten sie jedoch mit Verstärkung zurück und verwüsteten die umliegenden Dörfer. Die Vergeltungsaktion traf vor allem Frauen und Kinder, da die meisten männlichen Dorfbewohner aus Furcht vor derartigen Racheakten in die umliegenden Wälder geflohen waren. Damit war die Atmosphäre endgültig vergiftet. Verwaltung und Polizei waren in den Augen der Adivasi nur noch die Hilfstruppen der Stahlkonzerne und damit ihre Feinde. Verwaltung und Polizei waren dagegen schockiert von der Heftigkeit des Widerstands der bis dahin als naiv und friedfertig wahrgenommenen Adivasi. Sie waren daher bestrebt, den aufkeimenden Widerstand nach Möglichkeit im Keim zu ersticken. Von Juli bis Oktober 2005 kam es zu weiteren Protesten und gelegentlich zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Im Oktober löste die Verhaftung eines der Führer der VVJM, Shri Rabindra Jarika, heftige Proteste aus, in deren Folge die Polizei erfolglos versuchte, auch die anderen Führungsmitglieder zu inhaftieren. Am 17. November 2005 wurden die Bauarbeiten für das Stahlwerk nach Protesten unterbrochen und bis zum 2. Januar 2006 auch nicht wieder aufgenommen.⁸⁹

6.5 Hauptleidtragende des Wirtschaftsbooms

Die Vorgeschichte der Ereignisse von Kalinganagar zeigt deutlich, woher das Misstrauen und die Wut, aus der sich der Widerstand der Adivasi speist, stammen. Und die geringschätzig und brutale Art und Weise, mit der sie in Kalinganagar behandelt werden, ist keineswegs ein Einzelfall. Viel eher ist die dortige Vorgehensweise exemplarisch für das, was tagein tagaus überall in Indien vor sich geht. Über Jahrzehnte hinweg sind die Adivasi immer

wieder belogen und betrogen worden. Am Ende stand fast unausweichlich der Verlust ihres Landes, in dem sie auf besondere Weise verwurzelt sind. Eine Zukunft als Tagelöhner in den Städten oder die Existenz auf oft minderwertigem Land fernab ihrer Heimat ist für sie keine erträgliche Alternative.

Mit den wirtschaftlichen Reformen Indiens Anfang der 1990er Jahre und dem auf sie folgenden Boom der Wirtschaft hat sich die Lage der Adivasi sogar noch verschlechtert. Immer weiter nahm der Druck zu, ihre an Bodenschätzen reichen Gebiete wirtschaftlich zu erschließen. Wie sehr sie von dieser Entwicklung betroffen sind, zeigt die Tatsache, dass die Adivasi nur einen Bevölkerungsanteil von 8,2 % stellen, aber mittlerweile 55,1 %⁹⁰ der im Rahmen von Entwicklungsprojekten von ihrem Land Vertriebenen ausmachen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass in der Mehrzahl der Fälle weder die Behörden noch die Unternehmen jemals ernsthaft versuchten, sie angemessen zu entschädigen oder ihnen den Aufbau einer alternativen Existenz zu ermöglichen. Nur etwa 25 % der Adivasi sind in den Genuss von Entschädigungsmaßnahmen gekommen.⁹¹ Der Rest wurde sich selbst überlassen. Das Misstrauen der Adivasi sitzt inzwischen verständlicher Weise tief. Im südlichen Jharkand und im nördlichen Orissa gibt es inzwischen Dorfgemeinschaften, die Repräsentanten von Staat oder Wirtschaft mit Gewalt drohen, sollten sie es wagen, ohne Genehmigung ihr Land zu betreten.⁹²

Der Kampf der Adivasi um ihre Selbstbestimmungsrechte und für die Bewahrung ihrer kulturellen Identität findet an verschiedenen Fronten statt. Während sie sich in den rohstoffreichen Bundesstaaten Orissa und Jharkand vor allem den Begehrlichkeiten privater Minengesellschaften und Stahlunternehmen erwehren müssen, bedroht anderswo der Staat, der sie laut Verfassung eigentlich schützen sollte, ihre Existenz. Vor allem Infrastrukturprojekte - insbesondere Staudämme - und die Politik der staatlichen Forstverwaltung, die die im Wald lebenden Adivasi als unwillkommene Eindringlinge betrachtet, führen immer wieder zu Zusammenstößen. Dass diese oft blutig verlaufen, ist vor allem dem oft rücksichtslosen und brutalen Vorgehen der Polizeikräfte geschuldet. Beispielsweise kam es 2002 bei Protesten gegen den - inzwischen eingestellten - Bau des Koel-Karo-Dammes in Jharkand zu 13 Toten und 40 Verletzten. Bei Auseinandersetzungen während der Räumung eines von Adivasi besetzten Waldgebietes in Muthanga im Bundesstaat Kerala wurden 2003 bei einem wahren Amoklauf der Polizei 15-20 Adivasi - die genaue Zahl ist bis heute unklar - getötet und 32 verletzt.⁹³

Diese Beispiele zeigen, wie schlecht es um die Landrechte Adivasi in der Praxis bestellt ist. Die faktische Missachtung dieser Rechte im Rahmen von Entwicklungsprojekten ist dabei aber nur eine Seite der Medaille. Ihre Entsprechung findet sie auf der gesetzlichen Ebene, auf der erst in jüngster Zeit der Gedanke einer Anerkennung von Landrechten der Adivasi seinen Niederschlag findet. Ein besonders guter Indikator ist in diesem Zusammenhang die Geschichte der indischen Forstgesetzgebung mit ihrem vorläufigen Endpunkt, dem sperrig betitelten und im Januar 2007 in Kraft getretenen Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006.

6.6 Vertrieben im Namen des Umweltschutzes

Im Jahr 2003 waren gut 20 % des indischen Staatsgebietes bewaldet. Das entspricht einer Fläche von 670.000 km². 37,8 % des Waldes befinden sich in den 187 (von landesweit 449) Distrikten, die zur Mehrzahl von Adivasi bewohnt werden. Insgesamt 22 % der Fläche sind besonders geschützte Gebiete, d.h. es handelt sich um Nationalparks oder Naturschutzgebiete nach dem Wildlife Protection Act 1972. Dieser erlaubt es, die Bewegungsfreiheit in diesen Gebieten einzuschränken. Auch kann dort das Wohnen und Arbeiten unter Auflagen gestellt oder verboten werden. Es wird geschätzt, dass gegenwärtig etwa 4,3 Mio. Menschen in den 2.690 zur Zeit amtlich erfassten Walddörfern leben. Die Mehrzahl von ihnen sind Adivasi, deren Familien seit Generationen in den Wäldern leben und zumeist ihren Lebensunterhalt mit dem bestreiten, was der Wald ihnen zu bieten hat. In den Augen der Behörden ist dies illegal. Grundlage ihrer Argumentation sind die gesetzlichen Regelungen des noch aus kolonialen Zeiten stammenden Indian

Forest Act 1927 und des Forest (Conservation) Act 1980. Gemäß ersterem war es der britischen Kolonialverwaltung möglich, jedes Stück Land zu „Wald“ und damit zu Staatseigentum zu erklären. Dieses konnte dann wahlweise als Forstgebiet geschützt oder wirtschaftlich genutzt werden. Die in dem Gebiet lebende Bevölkerung wurde entweder umgesiedelt oder einfach vertrieben. Basierend auf diesem Gesetz und auf Druck von Umweltschützern hin wurde 1980 der Forest (Conservation) Act verabschiedet. Dieser sollte Wälder und Umwelt so gut wie möglich vor menschlichem Einfluss schützen und war in seinen Folgen noch einschneidender für die Adivasi. Denn in den meisten ländlichen Regionen verfügt bis heute kaum jemand über Besitzurkunden. Sie konnten daher, nachdem ihr Land zu „Wald“ erklärt und unter Schutz gestellt worden war, ihre rechtlichen Ansprüche auf das Land in den Augen der Forstverwaltung nicht beweisen und folglich auch keine Entschädigungsleistungen auf dem Rechtsweg erstreiten.

Damit wurden den Adivasi ihre traditionellen Rechte und ihre Lebensgrundlage geraubt. Besonders bitter war dies, da gerade ihre Vorfahren, die seit Generationen in den Wäldern gelebt hatten, maßgeblich zum Schutz und zur Bewahrung derselben beigetragen hatten. Der Forest (Conservation) Act 1980 trug dem jedoch nicht etwa Rechnung, indem den traditionellen Rechten der Adivasi und ihrer Lebensweise eine gesetzliche Grundlage verschaffte. Stattdessen wurde ihre Existenz kriminalisiert. Im Sinne des Gesetzes waren sie Eindringlinge, die den Wald illegal besetzt hielten. Für mehr als 10 Mio. Adivasi, die in den Wäldern lebten, hatte das Gesetz folgenschwere Auswirkungen. Regierung und Behörden legten den Forest (Conservation) Act 1980 (in Verbindung mit dem Wildlife Protection Act 1972) sehr eng aus. Sie bestritten vor allem das Recht der Adivasi auf eine Existenz in den Wäldern und begannen, sie im Namen des Umweltschutzes massenhaft aus ihrem Lebensraum zu vertreiben.⁹⁴

6.7 Bewusstseinswandel

Bei den Vertreibungen kam es in der Folgezeit regelmäßig zu – in einer Reihe von Fällen auch gewalttätigen – Konflikten, in deren Verlauf zahlreiche Adivasi ihr Leben verloren. Vielleicht aus diesem Grund setzte langsam ein Umdenken ein, das seinen ersten sichtbaren Ausdruck in der National Forest Policy 1988 fand. In deren Rahmen wurden zum ersten Mal die traditionellen Rechte der Adivasi und ihre quasi-symbiotische Beziehung zu den Wäldern anerkannt sowie ihre Bedeutung für deren Erhaltung gewürdigt. Die ausdrückliche Gewährung einklagbarer Landrechte wurde den Adivasi jedoch weiterhin vorenthalten. Obwohl der Forest (Conservation) Act 1980 damit teilweise entschärft wurde, änderte sich in der Praxis nicht viel. Die meisten Bundesstaaten nahmen die Neuausrichtung der Politik einfach nicht zur Kenntnis. Die Adivasi galten vielerorts weiter als illegale Eindringlinge und wurden gewaltsam vertrieben.

In den folgenden Jahren versuchte die indische Bundesregierung wiederholt durch den Erlass von Richtlinien, die im Jahr 2002 sogar die Anerkennung von Landrechten auf der Basis nichtschriftlicher Zeugnisse vorsahen, die Bundesstaaten zur Mäßigung zu bewegen und die Situation der Adivasi zu verbessern. Dessen ungeachtet wurden allein zwischen Mai 2002 und Februar 2004 etwa 300.000 Menschen oft gewaltsam aus den Wäldern vertrieben und ihrer Existenzgrundlage beraubt. Häuser wurden niedergebrannt, Ernten vernichtet, viele wurden geschlagen und einige getötet. Angesichts der dramatischen Lage rang sich die Regierung dazu durch offiziell anzuerkennen, dass an den Adivasi historisches Unrecht begangen wurde, indem man ihnen ihr traditionelles Recht auf eine Existenz in den Wäldern verwehrte und ihre Bedeutung für deren Bewahrung ignorierte. Dieses Unrecht sollte im Februar 2004 durch die Formulierung abermals neuer Richtlinien korrigiert werden. Als trotz dieser die gewaltsamen Vertreibungen der Adivasi ohne – und in einigen Fällen auch mit – Besitzurkunden nicht aufhören wollten, begann die Lage zu eskalieren. Bereits seit den 1990er Jahren hatten sich viele Adivasi-Distrikte zu Unruhegebieten entwickelt. Im Zuge der andauernden Vertreibungen bekamen sowohl friedliche als auch gewaltbereite Widerstandsbewegungen immer stärkeren Zulauf. Einen ersten Erfolg konnten diese 2002 im Bundesstaat Maharashtra verbuchen, wo sich die Regierung nach heftigen Auseinandersetzungen bereit erklärte, auch nicht-urkundliche Beweise zuzulassen, die von den Dorfversammlungen der Adivasi (Gram Sabha) verifiziert

worden waren. Die Adivasi-Organisationen nutzten diesen Präzedenzfall, um ihre Landrechtskampagne auch auf andere Bundesstaaten auszuweiten. Mehrere hunderttausend Menschen machten daraufhin in den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Madhya Pradesh, Orissa, Rajasthan, Tamil Nadu und West-Bengalen ihre Rechtsansprüche bei den zuständigen Behörden geltend.

Den Anstoß, die Landrechte der Adivasi in den Waldgebieten in einem eigenen Gesetz zu regeln, gaben schließlich die Parlamentswahlen im Frühjahr 2004, bei denen die National Democratic Alliance (NDA) unter Premierminister Vajpayee durch die United Progressive Alliance (UPA) abgelöst wurde, die Manmohan Singh zum neuen Regierungschef wählte. Die neue Regierung stellte in ihrem Common Minimum Programme klar, dass sie vor allem anstrebte, wirtschaftliches Wachstum mit dem Schutz der Umwelt in Einklang zu bringen. Nach ihrem Willen sollten daher keine weiteren Vertreibungen von Adivasi aus den Wäldern mehr vorgenommen werden. Stattdessen sollte ihre Mitwirkung und Unterstützung beim Schutz derselben gesucht werden. Damit war der politische Rahmen für eine gesetzliche Regelung abgesteckt.

6.8 Ein vielversprechendes neues Gesetz

Die Arbeiten am Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006, der das erklärte Ziel hatte, den Adivasi ihre lange vorenthaltenen Landrechte zuzugestehen, begannen im Januar 2005. Zuständig für die Erarbeitung des Entwurfes war das Ministry of Tribal Affairs. An der Ausformulierung des Gesetzestextes waren auch zwei Adivasivertreter der Campaign for Survival and Dignity, einem Bündnis von ca. 100 Adivasi-Organisationen aus 11 Bundesstaaten, beteiligt. Das Ministry of Environment and Forests spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle.⁹⁵

Die Arbeiten am Gesetz verliefen recht turbulent. Ein bereits Ende Februar 2005 vorgelegter Text konnte aufgrund heftigen Widerstandes nicht verabschiedet werden und wurde zur Überarbeitung an das Joint Parliamentary Committee (JPC) verwiesen (zu Einzelheiten vgl. Adivasi-Rundbrief 29 (Mai 2007)). Der JPC-Entwurf wurde dem Parlament im Mai 2006 vorgelegt. Seine Prämisse war, dass sich die Existenz der Adivasi in den Wäldern und der Naturschutz nicht voneinander trennen ließen. In den folgenden Wochen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen JPC, Regierung und den politischen Parteien. Umstritten waren vor allem vier Bereiche: Die Verschiebung des Stichtages, für den die Landrechte bewiesen werden sollten, von Januar 1980 auf Dezember 2005, die Einbeziehung von Nicht-Adivasigemeinschaften in den Geltungsbereich des Gesetzes, die Rechte der Dorfräte (Gram Sabha) und die Obergrenze für Landbesitz. Nach langen Diskussionen kam man überein, die Vorschläge des JPC beizubehalten. Als der Minister für Stammesangelegenheiten das Gesetz jedoch am 15. Dezember 2005 der Lok Sabha (ersten Kammer des Parlaments) vorlegte, hatte er nicht weniger als 16 „editorische“ Änderungen vornehmen lassen, die den Entwurf des JPC teilweise verwässerten. Als es daraufhin am 18. Dezember in der zweiten Kammer des Parlaments, der Rajya Sabha, zu heftigen Protesten kam, versprach der Minister, diese Änderungen rückgängig zu machen und an den Grundlagen des JPC-Berichts festzuhalten. Erst nach weiteren öffentlichen Protesten kam es dann am 12. Februar 2007 immerhin zur Einsetzung eines Komitees, das die Umsetzungsrichtlinien des Gesetzes erarbeiten sollte. Diese liegen jedoch noch nicht vor.

6.9 Anerkennung der Adivasirechte oder Bewahrung des Status Quo?

In seiner gegenwärtigen Fassung enthält der Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006 einige wichtige Fortschritte gegenüber Vorgängergesetzen.⁹⁶ Trotzdem lassen vor allem die in letzter Minute vorgenommenen Änderungen noch erheblichen Raum für eine Reihe dringend notwendiger

Verbesserungen. Gleiches gilt für die im Sommer 2006 vorgestellte Revised Draft National Policy of India. Diese stellt zutreffend fest, dass es keine integrierte und ganzheitliche Politik gebe, die sich mit dem Schutz und der Entwicklung der Adivasigemeinschaften beschäftigt. Inhaltlich bleibt sie jedoch auch selbst weit hinter diesem Anspruch zurück und ähnelt in dieser Hinsicht dem Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006.

In dessen Präambel erkennt der indische Staat zum ersten Mal ausdrücklich und in Form eines Gesetzes das historische Unrecht an, das an den Adivasi begangen wurde. Er gesteht ihnen ein Existenzrecht in den Waldgebieten zu, garantiert – auch für zahlreiche Nicht-Adivasi – den Zugang zu Siedlungsland und Waldressourcen und würdigt ihre Rolle bei der Erhaltung von Wald und Umwelt. Bis auf das Jagdrecht wurden die traditionellen Rechte der Adivasi weitestgehend berücksichtigt und die diesbezüglichen Schutzpflichten des Staates anerkannt. Auch wurde mit dem 13. Dezember 2005 als Stichtag der Kreis der Berechtigten erheblich erweitert. Darüber hinaus wurde auch die Obergrenze für den Besitz von Land von 2,5 ha auf 4 ha heraufgesetzt und die Selbstverwaltung der Gram Sabhas (Dorfräte) – mit gewissen Einschränkungen – anerkannt.

Andere wichtige Regelungen wurden jedoch durch die zuletzt vorgenommenen Änderungen in ihrer Wirkung eingeschränkt:

- Zum Kreis der Berechtigten zählen nur diejenigen, die auf staatlichem Waldgebiet wohnen und deren Existenz unmittelbar vom Wald abhängt. Keine Rechte besitzen – entgegen dem Entwurf der JPC – damit diejenigen, deren Lebensgrundlage der Wald ist, die aber unmittelbar außerhalb seiner Grenzen leben.
- Die Rechte im Wald lebender Nicht-Adivasi werden nur anerkannt, wenn diese selbst oder ihre Vorfahren seit 75 Jahren im Wald beheimatet sind. Das lässt außer Acht, dass in vielen Waldsiedlungen ein erheblicher Teil Nicht-Adivasi lebt, die dorthin nach 1930 im Zusammenhang mit Industrie- und Infrastrukturprojekten umgesiedelt wurden. Nur wenige von ihnen können Dokumente vorlegen, die vor dieser Zeit ausgestellt wurden.
- Der Entwurf der JPC sah vor, den Gram Sabhas (Dorfräten) die Kompetenz für die Feststellung von Landrechten zu gewähren. Höhere Verwaltungsebenen sollten sich nur im Konfliktfall einmischen. Das Gesetz siedelt diesen Vorgang nun auf einer höheren Verwaltungsebene, bei den sogenannten Gram Panchayat, an. Damit werden die Befugnisse der Gram Sabhas, die mit der lokalen Historie am besten vertraut sind, erheblich eingeschränkt.
- Eine Zwangsumsiedlung von Waldbewohnern aus Naturschutzgebieten bleibt weiter möglich, wenn sie „irreversible Schäden“ verursachen. Diese Regelung ist bei einer klaren Definition und restriktiven Auslegung sicher sinnvoll. Eine Anwendung in diesem Sinne kann aber kaum garantiert werden. Die Erfahrung zeigt, dass derartige Regelungen oft missbraucht werden. Auf diesem Wege zustande gekommene Umsiedlungen müssen dann erst umständlich auf gerichtlichem Wege bekämpft und rückgängig gemacht werden.
- Das Gesetz hat keinen generellen Vorrang gegenüber anderen Gesetzen. Stattdessen soll es zusätzlich zu diesen gelten und sie so wenig wie möglich beeinträchtigen.

Insbesondere der letzte Punkt verdient besondere Beachtung. Denn die Nachrangigkeit des Gesetzes könnte auch den gelungenen Abschnitten jede Wirkung nehmen. Bedeutet sie doch nichts anderes, als dass der Status Quo im Zweifelsfall durch das Gesetz unangetastet bleibt. Ob sich derartige Befürchtungen bewahrheiten, wird die Zukunft zeigen.

Abgesehen davon zeigen auch alle anderen Punkte deutlich, von welcher entscheidenden Bedeutung die Richtlinien zur Umsetzung des Gesetzes sein werden. Auch diese können aber letztendlich nicht die Befolgung der Vorschriften in der Praxis garantieren. Zudem verbleiben in jedem Fall zahlreiche Ermessens- und Interpretationsspielräume, die von den Behörden im Geiste des Gesetzes ausgefüllt werden müssten.

Dennoch ist der Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006 mit seiner grundsätzlichen Anerkennung der Rechte und Verdienste der Adivasi ein Schritt in die richtige Richtung. Gibt er den Adivasi doch ein juristisches Instrument an die Hand, mit dessen Hilfe sie ihre Lebensräume zumindest besser als bislang gegen die Profitinteressen der expandierenden Wirtschaft verteidigen können.

Der Druck von deren Seiten ist allerdings enorm. Fast täglich werden neue Projekte verkündet, die eine Bedrohung für den Wald und seine Bewohner bedeuten. Sei es die Erteilung von Bergbaulizenzen, der Bau von Staudämmen und Kraftwerken, die Privatisierung und Rodung von Wäldern, um Plantagen zur Produktion von Biodiesel anzulegen, oder Tourismusprojekte. Den Adivasi ist bewusst, dass in der Praxis weder Staat noch Wirtschaft freiwillig und kampfflos die Umsetzung ihrer Rechte akzeptieren werden. Der Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Rights) Act 2006 kann daher selbst in Verbindung mit fortschrittlichsten Umsetzungsrichtlinien nur ein Anfang sein. Dies hat sich bereits in den ersten Monaten des Jahres gezeigt, als zahlreiche Forstämter ungeachtet seines Inkrafttretens damit fortfuhren, Adivasi-Gemeinschaften aus den Wäldern zu vertreiben. Sie sind offensichtlich bestrebt, Fakten zu schaffen, bevor die Adivasi ihre Rechte geltend machen können. Parallel dazu intensivierte die Regierung Programme wie die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und die Produktion von Biodiesel, die voraussichtlich den Druck auf die Adivasi noch weiter erhöhen werden. Im Mai 2007 kam es deshalb zu erneuten Massenprotesten von Adivasi-Organisationen. Es wurde gefordert, die Vertreibungen sofort einzustellen und endlich zu den vom JPC erarbeiteten Gesetzesvorschlägen zurückzukehren. Es spricht jedoch vieles dafür, dass selbst dies nur einen Etappensieg bedeuten würde. Der Kampf der Adivasi wird weitergehen müssen, bis die Anerkennung ihrer Landrechte nicht nur in der Präambel von Gesetzestexten, sondern auch in den Köpfen von Politik, Wirtschaft und Verwaltung des modernen Indiens verankert ist.

„DENOTIFIED AND NOMADIC TRIBES“

Unter den Bewohnern Indiens genießen die ca. 60 Mio. Menschen, deren 150 Stämme als „Denotified and Nomadic Tribes“ (DNTs) kategorisiert werden, noch einmal eine Sonderstellung. Im Jahr 1827 begann die britische Kolonialverwaltung offiziell damit, diese in aller Regel nichtsesshaften Stämme zu registrieren und zu verkünden (Englisch: to notify), dass sie ihrem Wesen nach kriminell seien. Diese Einordnung betraf Schäfernomaden, Gaukler und Musiker aber auch reisende Händler. Hauptinstrument der Diskriminierung war der Criminal Tribes Act of 1871. Sie mussten Zwangsarbeit leisten, an bestimmten Orten wohnen und konnten jederzeit zwangsumgesiedelt werden. Dazu unterlagen sie einer täglichen Meldepflicht und schon bei geringfügigen Gesetzesverstößen drohten ihnen extrem hohe Strafen. Ab 1897 nahm man Kinder von 4-18 Jahren ihren Eltern weg und steckte sie in spezielle Besserungsanstalten. Von 1911 an wurden den DNTs provisorisch Fingerabdrücke abgenommen. Begründet wurde dies damit, dass so die Verbrechensverfolgung erleichtert würde.

Das Ergebnis dieser Maßnahmen war ihre totale gesellschaftliche Ausgrenzung. Eine wachsende Zahl von ihnen sah sich daher gezwungen, ihren Lebensunterhalt mit Hilfe illegaler Tätigkeiten zu bestreiten. Damit schloss sich ein Teufelskreis, aus dem die DNTs bis heute nicht entkommen konnten. Zwar wurde der Criminal Tribes Act 1952 aufgehoben (womit die „Notified Tribes“ zu „Denotified Tribes“ wurden). Er wurde jedoch durch den Habitual Offenders Act ersetzt, der ebenfalls etliche Vorschriften der indischen Verfassung sowie zahlreiche von Indien unterzeichnete Menschenrechtskonventionen verletzt. Die Einordnung der DNTs ist von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. So kommen einige DNTs zuweilen in den Genuss von Fördermitteln für Scheduled Tribes, Scheduled Castes oder Other Backward Castes. Nach wie vor gibt es allerdings keine staatlichen Programme zur Förderung der DNTs selbst. Ihre Situation ist nach wie vor erschütternd. 60 % arbeiten als Tagelöhner. Ansonsten sichern Bettel und kleinkriminelle Tätigkeiten das Überleben. 96 % leben von weniger als 300 im Jahr und 58,6 % sogar von weniger als 100. Die wenigsten von ihnen haben eine Schulbildung. Nur 10% verfügen über Land für eine eigene Hütte und gerade einmal 6,0% haben Zugang zu Toiletten.

Quelle: siehe Anhang

Weiterführende Informationen

Ministry of Tribal Affairs

<http://tribal.nic.in/>

National Commission for Scheduled Tribes

<http://ncst.nic.in/index.asp?langid=1>

Tribal Research and Development Institute

<http://trdi.mp.gov.in/>

Tribal Research Centre (Ooty)

<http://www.ooty.com/travel/tribalresearch.htm>

BIRSA (Binal Institute for Research Study and Action)

<http://www.birsa.in/>

INTWOT (Indian National Trust for the Welfare of Tribals)

<http://www.indiatogether.org/tribal/profiles/intwot.htm>

Asian Centre for Human Rights

<http://www.achrweb.org/>

International Work Group for Indigenous Affairs

<http://www.iwgia.org/>

JOHAR (Jharkandi Organisation for Human Rights)

<http://www.johar.in/index.php>

Asian Indigenous and Tribal Peoples Network

<http://www.aitpn.org/index.htm>

Minority Rights Group International

<http://www.minorityrights.org/>

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

<http://www.aswnet.de/indien/index.html>

Adivasi-Koordination

<http://www.adivasi-koordination.de/>

Gossner-Mission

<http://www.gossner-mission.de/indien.html>

International Rivers Network

<http://www.irn.org/>

SANDRP (South Asian Network on Dams, Rivers & People)

<http://www.sandrp.in/>

Friends of River Narmada

<http://www.narmada.org/>

Ministry of Water Resources

<http://wrmin.nic.in/>

National Water Development Agency

<http://nwda.gov.in/>

Mines and Communities Website

<http://www.minesandcommunities.org/index.htm>

Fußnoten:

- 1 Adivasi-Rundbrief 29 (Mai 2007). Unter: <http://www.adivasi-koordination.de/rundbriefe.htm> (eingesehen am 07.08.2007).
- 2 Hörig, Rainer: "Alles, was wir besitzen, ist unser Land". Adivasi wehren sich zunehmend gegen Marginalisierung und Ausbeutung, Website der Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Indien. Unter: http://www.bpb.de/themen/R9T8KZ,0,0,Alles_was_wir_besitzen_ist_unser_Land.html (eingesehen am 07.08.2007).
- 3 Dogra, Bharat: Landnahme und Vertreibung bedrohen Millionen Menschen. Die Kehrseite des Wirtschaftsbooms. Website der Bundeszentrale für politische Bildung. Unter: http://www.bpb.de/themen/K8N9CU,0,Landnahme_und_Vertreibung_bedrohen_Millionen_Menschen.html (eingesehen am 07.08.2007).
- 4 Dogra, Fn. 3.
- 5 "Hunger pangs in Adivasi houses." In: The Hindu: 19. Oktober 2005. Unter: <http://www.hindu.com/2005/10/19/stories/2005101906630500.htm> (eingesehen am 07.08.2007).
- 6 Dogra, Fn. 3.
- 7 Gesellschaft für bedrohte Völker: Vertrieben und verarmt – Indiens Urbevölkerung. Unter: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=122> (eingesehen 07.08.2007).
- 8 Poorty, Mary: „Sklavinnen in der Stadt – Hausangestellte aus Adivasi-Familien.“. In: Pogrom 2/2005 (auch unter: <http://www.adivasi-koordination.de/dokumente/hausangestellte.doc> (eingesehen am 07.08.2007)).
- 9 Adivasi-Koordination unter <http://www.adivasi-koordination.de/adivasi.htm> (eingesehen am 07.08.2007)
- 10 Hörig, Fn. 2.
- 11 Hörig, Fn. 2.
- 12 Adivasi-Rundbrief 26 (Mai 2006). Unter: <http://www.adivasi-koordination.de/rundbriefe.htm>.
- 13 Fernandes, Walter et al.: A Critique of the Draft National Policy. In: Lokhayan Bulletin March-April 1993, S. 29-
- 40 14 Asian Indigenous & Tribal Network: The State of India's Indigenous and Tribal Peoples 2007. New Delhi, 2007, p. 28.
- 15 Dogra, Fn. 3.
- 16 Dogra, Fn. 3.
- 17 Wikipedia: Adivasi. Unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Adivasi> (eingesehen: 07.08.2007).
- 18 Hörig, Fn. 2.
- 19 Wikipedia: Sardar-Sarovar-Talsperre. Unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Sardar-Sarovar-Talsperre> (eingesehen: 07.08.2007).
- 20 International Rivers Network. Unter: http://www.irn.org/programs/india/sardar_sarovar.php (eingesehen 07.08.2007).
- 21 Friends of River Narmada. Unter: <http://www.narmada.org/nvdp.dams/> (eingesehen am 07.08.2007).
- 22 Adivasi-Rundbrief 26 (Mai 2006), Fn. 12.
- 23 Hörig, Fn. 2.

24 Dogra, Fn. 3.

25 Dubey, Sunita: Toxic Fallout. Jadugoda's Nuclear Nightmare. In: Siliconeer, March 2007. Unter: http://www.siliconeer.com/past_issues/2007/siliconeer_march_2007.html#Anchor---ED-27535 (eingesehen am 07.08.2007). Fotos und Details zu dem Vorfall unter: www.jadugoda.net (eingesehen am 06.08.2007).

26 Ludlam, Scott: Nuclear India – A Report on the No-Nukes Asia forum 1999. March 2000, p. 6. Unter: <http://www.anawa.org.au/india/download.html> (eingesehen am 07.08.2007).

27 [Http://www.thimmakka.org/Newsletters/SA/Oindia/Oindia.ht](http://www.thimmakka.org/Newsletters/SA/Oindia/Oindia.ht)

28 C.J. Sonowal, C.J. and Sunil Kumar Jojo: Radiation and Tribal Health in Jadugoda: The Contention Between Science and Sufferings. 2003, p. 115. Unter: <http://www.krepublishers.com/02-Journals/T%20&%20T/T%20&%20T-01-0-000-000-2003-Web/T%20&%20T-01-2-091-174-2003-Abst-PDF/T%20&%20T-01-2-111-126-2003-Sonowal/T%20&%20T-01-2-111-126-2003-Sonowal.pdf> (eingesehen am 07.08.2007).

29 Ludlam, Fn. 26, p. 19.

30 Ludlam, Fn. 26, p. 19.

31 Ludlam, Fn. 26, p. 19.

32 "A Deformed Existence". In: Down to Earth Magazine, 15 June 1999.

33 Ludlam, Fn. 26, p. 19.

34 Ludlam, Fn. 26, p. 21.

35 Dubey, Fn. 25.

36 "Uranium mining in Jaduguda, Bihar, Living in Death's Shadow." In: SUNDAY Magazine (Calcutta) 4-10 April 1999. Unter: <http://www.nettime.org/Lists-Archives/nettime-l-9906/msg00002.html> (eingesehen am 07.08.2007).

37 Belegt durch den Dokumentarfilm "Buddha weeps in Jadugoda". Unter: http://www.youtube.com/results?search_query=buddha+weeps (eingesehen am 07.08.2007).

38 Ludlam, Fn. 26, p. 19.

39 Ludlam, Fn. 26, p. 18.

40 Ludlam, Fn. 26, p. 18.

41 "Uranium mining in Jaduguda, Bihar, Living in Death's Shadow.", Fn. 36.

42 "Uranium mining in Jaduguda, Bihar, Living in Death's Shadow.", Fn. 36.

43 "Uranium mining in Jaduguda, Bihar, Living in Death's Shadow.", Fn. 36.

44 Sonowal/ Jojo, Fn. 28, p. 125.

45 Sonowal/ Jojo, Fn. 28, p. 120.

46 Association for India's Development. Unter: <http://aidindia.org/main/content/view/386/1/>. (eingesehen am 07.08.2007).

47 Association for India's Development, Fn. 46.

48 Gill, Adnan: Indian Nuclear Program – Disasters in the Making. 10 July 2006. Unter: <http://www.bhopal.net/opinions/archives/2006/07/index.html> (eingesehen am 07.08.2007); Ludlam, Fn. 26, p. 17.

- 49 Sonowal/ Jojo, Fn. 28.
- 50 Madhavan, P.: Beyond Headlines - A Photo Exhibition on Uranium mining. Jadugoda today, Domiasiat tomorrow? 3 March 2004. Unter: <http://indianenvironment.net/new/BeyondHedlines.pdf> (eingesehen am 07.08.2007): Gill, Fn. 24.
- 51 „Neue Technik gegen internationale Kontrolle.“ In: taz, 19.01.2006; „Für Geigerzähler gibt es Gefängnis.“ In: Berliner Zeitung, 26.04.2000, S. 8.
- 52 Ludlam, Fn. 26, p. 24.
- 53 Sonowal/ Jojo, Fn. 28, p. 122.
- 54 Gill, Fn. 48; „Für Geigerzähler gibt es Gefängnis.“, Fn. 51.
- 55 Dubey, Fn. 25.
- 56 Misra, Neelesh: India's lethal Weapon. Unter: http://www.caroptionsonline.com/2000news/11_5_w1.htm (eingesehen am 07.08.2007).
- 57 „Red Alert in Nuclear India.“ In: Down To Earth Magazine, 30 April 2004. Unter: http://www.downtoearth.org.in/cover.asp?foldername=20040430&filename=anal&sid=1&sec_id=7 (eingesehen am 07.08.2007).
- 58 Dittrich, Christoph: 20 Jahre Widerstand gegen das Narmada-Projekt in Indien. Südasiens-Information Nr. 11 (Juli 2006), S. 1.
- 59 Schröder, Bernd: Moderne Tempel für das Narmada-Tal. In: Telepolis, 10.03.2007. Unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24722/1.html> (eingesehen am 07.08.2007).
- 60 <http://www.spiked-online.com/Articles/0000000054DB.htm>.
- 61 Eigene Berechnung auf Grundlage von Angaben von Schröder, Fn. 59, S.4.
- 62 Schneider, Ann-Kathrin: Bearing Witness to the Epic Struggle at the Narmada. Unter: www.irn.org/pdf/india/IndiaBackground2.pdf.
- 63 Report of the Sardar Sarovar Project Relief and Rehabilitation Oversight Group vom 3.Juli 2006 (<http://ielrc.org/content/c0608.pdf> (eingesehen am 03.08.2007).
- 64 Pressemitteilung der UN vom 13. April 2006 (<http://www.narmada.org/misc/unhcr.html> (eingesehen am 03.08.2007).
- 65 Dittrich, Fn. 58, S. 7.
- 66 Dittrich, Fn. 58, S. 8.
- 67 Dittrich, Fn. 58, S. 8.
- 68 Dittrich, Fn. 58, S. 8.
- 69 <http://www.irn.org/programs/india/maheshwar.php> (eingesehen am 07.08.2007).
- 70 Adivasi-Rundbrief Extra (März 2003). Unter: http://www.aktivasi-koordination.de/dokumente/Rundbriefe/rundbrief_extra.rtf (eingesehen am 07.08.2007).
- 71 „Dubious Benefit. Widespread protests over Subarnarekha's Revival“. In: Down To Earth Magazine, 4 February

2006. Unter: http://www.downtoearth.org.in/full6.asp?foldername=20060215&filename=news&sec_id=4&sid=10 (eingesehen am 07.08.2007).
- 72** Unep: What did the world commission on dams do?. Unter: <http://www.unep.org/dams/documents/Default.asp?DocumentID=663> (eingesehen am 07.08.2007).
- 73** Vgl. zur Arbeit der World Commission on Dams: <http://www.irn.org/wcd/> (eingesehen am 06.08.2007).
- 74** Citizen´s Guide to the World Commission on Dams. Unter: <http://www.irn.org/wcd/wcdguide.pdf> (eingesehen am 25.07.2007).
- 75** Planet Ark: Passions rise as Flagship India Dam fills. 8 August 2006. Unter: <http://www.planetark.com/avantgo/dailynewsstory.cfm?newsid=37561>.
- 76** Badiwala, Mitesh: The Narmada Sagar and Sardar Sarovar Dam Projects. Social, Environmental and Economic Outcomes. 1998. Unter: <http://www.geocities.com/CollegePark/Library/9175/inquiry2.htm> (eingesehen am 07.08.2007).
- 77** Dittrich, Fn. 58, S. 7; Schröder, Fn. 59.
- 78** South Asian Network on Dams, Rivers and People (SANDRP). Unter: http://www.sandrp.in/dams/polavrm_article.pdf. (eingesehen am 07.08.2007).
- 79** Adivasi-iRundbrief 26 (Mai 2006). Unter: <http://www.adivasi-koordination.de/rundbriefe.htm> (eingesehen am 07.08.2007).
- 80** Freundeskreis Missionarischer Dienst. Unter: <http://www.fmd-online.de/indien/news/polavaraminfos.php> (eingesehen am 07.08.2007).
- 81** Freundeskreis Missionarischer Dienst. Fn. 80.
- 82** Freundeskreis Missionarischer Dienst. Unter: <http://www.fmd-online.de/indien/news/polavaramprotest.php> (eingesehen am 07.08.2007).
- 83** People´s Union for Civil Liberties (PUCL): Police Firing at Kalinganagar (2nd January, 2006). Orissa 2006., p. 11. Unter: <http://www.alcantinindia.org/PUCLReponKalinganagar.pdf> (eingesehen am 07.08.2007).
- 84** Asian Indigenous & Tribal People´s Network, The State of India´s Indigenous and Tribal Peoples 2007. New Delhi, 2007, p. 29.
- 85** People´s Union for Civil Liberties (PUCL), Fn. 83, S. 6/7.
- 86** People´s Union for Civil Liberties (PUCL), Fn. 83, S. 8/9.
- 87** Asian Indigenous & Tribal People´s Network, Fn.84, p. 29.
- 88** People´s Union for Civil Liberties (PUCL), Fn. 83, S. 8/9.
- 89** People´s Union for Civil Liberties (PUCL), Fn. 83, S. 9/10.
- 90** Asian Indigenous & Tribal People´s Network, Fn.84, S. 28.
- 91** Fernandes, Walter et al.: A Critique of the Draft National Policy. In: Lokhayan Bulletin March-April 1993, S. 29-40.
- 92** Meier, Fredy: Indien – Wachstum bis zum Tod. 2006. In: Die Wochenzeitung, 13. Juli 2006. Unter: <http://>

www.woz.ch/artikel/inhalt/2006/nr28/Wirtschaft/13665.html (eingesehen am 07.08.2007).

93 People's Union for Civil Liberties (PUCL): Adivasis shot dead by police in Wayanad, Kerala. PUCL-Bulletin April 2003. Unter: <http://www.pucl.org/Topics/Dalit-tribal/2003/wayanad-killings.htm> (eingesehen am 07.08.2007).

94 Adivasi-Rundbrief 29 (Mai 2007), Fn. 1.

95 Adivasi-Rundbrief 29, Fn. 1.

96 Adivasi-Rundbrief 29, Fn. 1.

Quellenangaben zu den Infokästen:

DIE ADIVASI

Wikipedia

Bursee, Petra: Gesetzlich gefördert, sozial benachteiligt: Adivasi in Indien. Unter: <http://www.solidarische-welt.de/sw181/adivasi.shtml>.

Meyers Online Lexikon unter: <http://lexikon.meyers.de/>.

Rathgeber, Theodor: Religion als Befreiung? In: Pogrom 2/2005. Ebenfalls unter: <http://www.adivasi-koordination.de/dokumente/religion.doc>.

Hörig, Rainer: "Alles, was wir besitzen, ist unser Land". Adivasi wehren sich zunehmend gegen Marginalisierung und Ausbeutung, Website der Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Indien, 2007. Unter: http://www.bpb.de/themen/R9T8KZ,0,0,Alles_was_wir_besitzen_ist_unser_Land.html (eingesehen am 07.08.2007).

HERKUNFT UND KULTUR DER ADIVASI:

Hörig, Rainer: "Alles, was wir besitzen, ist unser Land". Adivasi wehren sich zunehmend gegen Marginalisierung und Ausbeutung, Website der Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Indien, 2007. Unter: http://www.bpb.de/themen/R9T8KZ,0,0,Alles_was_wir_besitzen_ist_unser_Land.html (eingesehen am 07.08.2007).

Betz, Jochen: Epochen der indischen Geschichte bis 1947. Von den Hindu-Königreichen über Mogul-Herrschaft und Kolonialzeit zur Republik. Bundeszentrale für politische Bildung, 1997. Unter: http://www.bpb.de/themen/LOWA43,0,0,Epochen_der_indischen_Geschichte_bis_1947.html.

LANDENTBEIUNG UND VERTREIBUNG

Asian Centre for Human Rights: SAARC Human Rights Report 2006. Unter: <http://www.achrweb.org/reports/saarc2006/india.htm> (eingesehen am 07.08.2007)

Fernandes, Walter et al., 'A Critique of the Draft National Policy' (on Rehabilitation), in: LOKAYAN BULLETIN, March-April 1995.

BILDUNG, GESUNDHEIT, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Quelle: Asian Indigenous & Tribal's People Network: The State of India's Indigenous and Tribal Peoples 2007. Kapitel XIV, XV und XVI.

„DENOTIFIED AND NOMADIC TRIBES“

Pogrom 2005/2: Auswege aus der Isolation (Julia Georgi). S. 28-31.

Countercurrents (2004-07-09): Stigma of Criminality (unter <http://www.countercurrents.org/hr-hrf090704.htm>)